



Editorial

Um es gleich am Anfang dieser Zeitung in aller Deutlichkeit zu sagen: Alles an der Initiative von Ecopop ist falsch. Das Problem ist falsch definiert, die Methoden (wie das vermeintliche Problem und die Lösungsstrategien errechnet werden) sind falsch und die «Lösungsvorschläge» sind falsch. Es handelt sich um eine durch und durch reaktionäre Initiative, die nichts mit linker oder ökologischer oder emanzipatorischer Politik zu tun hat. →

→ Fortsetzung Editorial

Ecopop ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern im Kontext langjähriger rechter Offensiven zu sehen. Wir, eine Gruppe aus dem Zürcher Infoladen Kasama, haben die Initiative als Anlass genommen, die Argumentationen von Ecopop vor dem Hintergrund dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen genauer zu beleuchten.

Bevor wir uns an diese antidot-Ausgabe machten, haben wir bereits im Herbst 2013 in einigen Artikeln im «Vorwärts» unsere Kritik an Ecopop und Co. formuliert. Eine vertiefte Auseinandersetzung und Vernetzung erreichten wir durch zwei Veranstaltungen: Ende 2013 referierte Jutta Ditfurth zum Mythos der Überbevölkerung mit anschliessender Podiumsdiskussion. Im Rahmen des «CrashKursMarxismus» am 1. Mai 2014 dekonstruierten wir typische Argumente von Ecopop in mehreren Input-Referaten. Schliesslich ist im November eine Aufführung von Werner Bootes Film «Population Boom» geplant (vgl. Rückseite dieser Ausgabe).

Das Ziel dieser Zeitung ist es, verschiedene Aspekte der Ecopop-Denkweise zu analysieren, ihren reaktionären Gehalt aufzudecken und ihnen eine linke Perspektive gegenüberzustellen. Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind in einer kollektiven Arbeit unserer Gruppe entstanden. Daneben kommen unterschiedliche Sprecher*innen anhand von Interviews oder eigenen Beiträgen zu Wort.

Die Herausgeber*innen

Inhalt

- S. 3: **Die ökologische Frage ist eine soziale Frage!** – Für wen und was Ecopop anschlussfähig ist und wieso wir ihre Initiative fürchten und bekämpfen – ein Grundsatztext
*Herausgeber*innen*
- S. 5 **Überalterung und Überbevölkerung** – Über Bevölkerungspolitik in der Schweiz und in den Ländern des Südens
*Herausgeber*innen*
- S. 6 **Seconda Republica. Wir sind da. Realitäten anerkennen.** Eine neue Sprechposition zu helvetischen Tatsachen
Second@s Plus
- S. 8 **«Rettet unsere Wahl!»** – Wie die Gegenüberstellung von Mensch und Natur zu politischen Zwecken genutzt wird
Anja Retus
- S. 11 **Stark und stolz wie ein Redwood-Baum** – Die Strategie des Grünwaschens und die unheimlichen Verbindungen von Umweltschutz und Eugenik – ein Bericht aus den USA
Katja Schwaller
- S. 13 **Frauen sagen Nein zu Ecopop!** – Ein Interview mit der Gruppe «Frauenstimmen gegen den Krieg» zu Familienplanung und Ecopop – *Herausgeber*innen*
- S. 15 **Vorwärts mit Berechnung!** – Wie mit technokratischen Berechnungen die Welt (ver)klärt wird – *Herausgeber*innen*
- S. 16 **Die Formel und der Bergsee** – Von einer Formel, die als Argument verwendet wird, sich aber als Unsinn entpuppt
*Herausgeber*innen*
- S. 18 **Wer entwickelt wen und wieso eigentlich?** – Über grundsätzliche Fragen zu der politischen und ideologischen Realität von Entwicklungspolitik. Wie positionieren sich Schweizer Hilfswerke der «Entwicklungszusammenarbeit» zur Ecopop-Initiative? – *Dora Meier und Marianne Klopstock*
- S. 20 **Das Märchen vom natürlichen Gleichgewicht** – Ein Interview mit dem grünen Nationalrat Balthasar Glättli über Ecopops krude Verknüpfung von Wissenschaft, Ökologie und «Überbevölkerung» – *Sepp Déjacque*

Bildkonzept: Über andere gesellschaftliche Verhältnisse nachzudenken, bedeutet für uns auch, Sichtbarkeiten ernst zu nehmen und diesbezüglich neue Perspektiven zu entwickeln. Dabei gilt es, Bilder zu schaffen, die paranoide Ansichten oder die Darstellung gesichtsloser Massen zurückweisen und auf Stereotypen verzichten oder diese allenfalls spielerisch aufbrechen. Bilder, die sich auf die Geschichte emanzipatorischer Bildpolitiken beziehen und folglich im umkämpften Bildraum für andere Repräsentationspolitiken einstehen.

«antidotincl.» bietet linken Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen die Möglichkeit, zu günstigen finanziellen Konditionen eine Zeitung zu publizieren. Das antidot-Herausgeber*innen-Kollektiv steht mit seinem Know-how und mit Rat und Tat zur Seite. «antidotincl.» wird jeweils der WOZ in einer Auflage von 17 000 Exemplaren beigelegt, weitere Exemplare werden durch die jeweiligen Macher*innen verteilt. Kontakt: info@antidotincl.ch.

IMPRESSUM

antidotincl. Diese Ausgabe wird herausgegeben von einer Gruppe aus dem Infoladen Kasama in Zürich, in Zusammenarbeit mit dem Verein antidot. **Auflage** 19 000 Exemplare
Bildkonzeption Katharina Morawek, Florian Wegelin **Layout** Andreas Bertschi **Druck** NZZ Print, Schlieren **Kontakt:** redaktion@antidotincl.ch, Verein antidot, Postfach 8616, 8036 Zürich | Wir verwenden in dieser Zeitung den «Gender-Stern» (Herausgeber*innen), um eine konsequent geschlechtsneutrale Sprache umzusetzen. Diese Zeitung zu produzieren hat uns einiges Geld gekostet. Wenn ihr uns finanziell unterstützen wollt und könnt, dann freuen wir uns und bedanken uns dafür. Unsere Kontoverbindung: PC 85-615659-1, antidot, 8036 Zürich, Vermerk «anti-ecopop». Merci.

Die ökologische Frage ist eine soziale Frage!

Wie kommt es, dass eine kleine Gruppe von zirka 1500 Personen eine Initiative zustande bringt, die dermassen viel Sprengkraft entwickelt, dass sie die hiesigen Medien und Diskussionsforen über Monate beschäftigt? Was macht die Initiative für viele Stimmberechtigte in der Schweiz so attraktiv?

Im Dezember 2012 wurde bekannt, dass die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» mit 119 816 gültigen Stimmen zustande gekommen war. Die Initiative fordert, dass die jährliche Zuwanderung in die Schweiz 0.2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung nicht übersteigen darf. Gleichzeitig sollen pro Jahr 10 Prozent der Entwicklungshilfegelder des Bundes für die «freiwillige Familienplanung» ausgegeben werden.

Zu einer Zeit, in der die Schweizer Öffentlichkeit mit der soeben angenommenen «Ausschaffunginitiative» beschäftigt war und die Kampagne zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung» die öffentlichen Werbetafeln schmückte, blieb die Lancierung der Initiative der seit 1987 als Umweltschutzorganisation auftretenden Gruppe «ECOlogie et POPulation»¹ zunächst im Windschatten der tobenden Debatten. Das sollte sich jedoch in den Folgemonaten ändern. Denn spätestens seit Annahme der «Masseneinwanderungs»-Initiative am 9. Februar 2014 wurde deutlich, dass Initiativen – so absurd und brutal ihre Forderungen auch sind – zu einem Abstimmungserfolg führen können. Was macht die Initiative für viele Stimmberechtigte so anschlussfähig?

Der Öko-Faktor

Die Themen «Naturschutz» und «Ressourcenknappheit», die die Ecopopper*innen mit grossem Aufwand in den Vordergrund ihrer Initiative stellen, sprechen heute viele Leute an. Das Bewusstsein für Ökologie sowie das Interesse an «der Natur» ist in den vergangenen 30 Jahren stark gewachsen. Wer sich für ökologisch bewusst hält und finanziell gut gebettet ist, lebt heute in einem Minergie-Haus, fährt ein Elektromobil oder -bike, kauft seine Nahrungsmittel im Bioladen oder hält sich an die Bio- und Regio-Produkte von Migros oder Coop. Und wer dann leider doch mal ein Flugzeug besteigen muss, weil die Ferien-

destination oder der Konferenzort für eine Zugreise zu weit weg liegt, die*der kann sich das schlechte Gewissen von myclimate abkaufen lassen. Kurz: Öko ist Trend.

Interessant ist, dass in all den Diskussionen rund um die Themen «Natur», «Nachhaltigkeit» und «Ökologie» grundsätzliche Fragen selten bis nie gestellt werden, etwa Fragen nach der globalen Verteilung des Reichtums und des Ressourcenverbrauchs. Erwiesenermassen sind es die reichen, ehemaligen Industriestaaten, die den höchsten Ressourcenverbrauch aufweisen. Nicht einmal die Ecopopper*innen wagen dies zu bestreiten. Ihr Trick aber ist es, mit dem Szenario einer in der Zukunft angesiedelten Katastrophe zu operieren: Auch ärmere Menschen wollen ein besseres Leben führen können, was ihren Ressourcenverbrauch demjenigen des europäischen Mittelstandes angleichen würde. Dies führe unweigerlich zum ökologischen Kollaps. Um diese «Katastrophe» zu verhindern, fordern sie in der Gegenwart die Reduktion der Armen im globalen Süden mittels Geburtenkontrollprogrammen – und nicht die Bekämpfung der Armut mittels globaler Umverteilung. Was sie dabei bewusst auslassen, ist die Tatsache, dass in solchen Katastrophenszenarien nationale oder kontinentale Durchschnittswerte errechnet werden, mit denen die ungleichen Einkommens- und Vermögenswerte der gezählten Personen und Haushalte, deren individueller Zugang zu und Verbrauch

Wildhüter acht Kreuzungen aus Steinbock und Ziege gesichtet habe und dass solche «Hybride» das Erbgut des Alpsteinbocks «verunreinigen» würden. Durch fiese Geschäftemacher aus Italien seien die acht «Hybride» in die Bündner Alpenlandschaft gelangt. Fünf der acht gesichteten Tiere seien bereits geschossen worden, heisst es da triumphierend, drei seien jedoch «untergetaucht». In der Tierwelt wird eliminiert – in der Menschenwelt werden Grenzen geschlossen und die Leute sterben im Mittelmeer.

Die Diskurse um die drohende «Überbevölkerung» und «fremde Eindringlinge», die die Alpenpopulation «verschmutzen», bergen denselben Kern: die Vorstellung einer «natürlichen Schweiz», die qua Naturgesetz bewahrt und erhalten werden muss (vgl. «Rettet unsere Wahl!», Seite 8).

Heute steht der Begriff der Natürlichkeit für Reichtum. Vergessen sind die Tage, in denen das «natürliche», bäuerliche Leben für eine kurze und mühevollere Vita stand, die viele Menschen zur Auswanderung oder Abwanderung in die wachsenden Industriestädte zwang, um der Armut zu entfliehen. Heute figuriert «Natur» für saftige, grüne Wiesen, klare Alpenluft und harmonisches Landleben.

Das Gras ist hier mittlerweile wirklich grüner als anderswo – die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Doch nicht die natürliche Umgebung hat das Land reich gemacht, sondern Kriege, Ver-

Besitzstandswahrung und Reichtumsverteidigung haben in der Schweiz eine lange Tradition.

an Ressourcen, sprich die Klassengegensätze, unter den Tisch fallen (vgl. «Die Formel und der Bergsee», Seite 16). Dieser Logik nach verbraucht die Besitzerin eines Swimmingpools gleich viel Energie wie der Mieter einer kleinen Einzimmerwohnung. Solche zentralen Fragen blenden die Ecopop-Anhänger*innen bewusst aus, weil sie ihre Privilegien nicht hinterfragen, geschweige denn aufgeben wollen.

Die «natürliche Schweiz»

Vorteilhaft für Ecopop scheint dabei, dass die gängige Vorstellung von «Natur» in der Schweiz eng mit dem Selbstbild der Schweizer Gesellschaftsordnung verknüpft ist. Geordnet und gepflegt, reguliert und geschützt scheint der Begriff der Schweizer Natur das Lebensgefühl eines ganzen Landes zu versinnbildlichen.

Wie mit einem genormten Blick auf die (Tier-)Welt Politik gemacht wird, zeigte jüngst eine Schlagzeile des Blick: «Zu viel Geiss im Steinbock-Erbgut: Bündner Bastarde müssen sterben»². Im drauffolgenden Artikel wird erläutert, wie ein

edelungsindustrien, Steuerhinterziehung, Fluchtgelder, die Entwicklung von Hochtechnologien für Waffensysteme oder Steuervergünstigungen für Firmen. Es war unter anderem auch diese Steuerpolitik, die die Schweiz zu einem der wichtigsten Handelsplätze und Standorte der internationalen Rohstoffkonzerne machte, die vor allem im globalen Süden für soziale, wirtschaftliche und ökologische Zerstörung verantwortlich sind.

Noch profitiert der breite Mittelstand, ein grosser Teil der Schweizer Stimmberechtigten, von diesem Reichtum. Doch die Angst, dass die eigenen Privilegien schwinden könnten, wächst auch hier. Reichtum bedeutet nämlich, dass es viel zu bewahren und vor allem viel zu verlieren gibt.

Die SVP als Rammbock, um die neoliberale Agenda umzusetzen

Besitzstandswahrung und Reichtumsverteidigung haben in der Schweiz eine lange Tradition. Bislang trafen die Sozialangriffe, die in den 1990er-Jahren von den wirtschaftsliberalen Eliten intensiviert

wurden, vor allem den unteren Rand des Mittelstandes. Mit einem sozialwerke- und gewerkschaftsfeindlichen, neoliberalen Programm – 1995 festgehalten in dem als «Weissbuch II» bekannt gewordenen Manifest «Mut zum Aufbruch: eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz» – schossen Politiker, Professoren, Unternehmer und Bankiers auf die unteren Einkommensklassen der Gesellschaft. Dabei bediente sich diese helvetische Elite – durchaus mit breiter Zustimmung der Wahlbevölkerung – der Blocher-SVP als Rammbock, um die in ihrem Manifest behaupteten sozial- und wirtschaftspolitischen «Verkrustungen» aufzubrechen und ihre aggressive, neoliberale Agenda umzusetzen. Die Weissbuch-Drahtzieher lieferten also das gesellschaftspolitische Programm, die SVP die Hetzkampagnen und das dazugehörige Vokabular; Rassismus, Sozialhetze und Entsolidarisierung wurden so zur geläufigen Währung in der radikalen Mitte der Gesellschaft. Damit wurde erreicht, dass heute eine Mehrheit der Wahlberechtigten in der Schweiz den vermeintlichen «Volkswillen» höher achtet als grundlegende Menschenrechte. Ein beachtliches Ergebnis für knapp 20 Jahre Agendasetting.

Heute dürfen offen rassistische Plakate, die stark an die Nazi-Bildsprache der 1930er-Jahre erinnern, an die Litfasssäulen und Busstationen der Dörfer und Städte geklebt werden. Und zugleich können Stadtpräsident*innen unverhohlen den sozialen Wohnungsbau und die ohnehin schon kargen Sozialhilfegelder kürzen, um auf Sozialhilfebezüger*innen «abschreckend zu wirken» – «Das sind wir dem Steuerzahler, vor allem dem Mittelstand, schuldig», so der Rorschacher Stadtpräsident.³

Die Kampagnen der SVP lassen sich in ihrem Kern sehr einfach als rassistische, neoliberale und einem völkischen Charakter verpflichtete Forderungen erkennen. Dementsprechend klar muss sich eine in ihrem Selbstbild progressive und emanzipierte Mittelschicht von einer solchen Politik distanzieren. Mit Ecopop scheint das anders: Im Namen des Naturschutzes bietet der Verein den «progressiven» und «emanzipierten» Zeitgenoss*innen die Möglichkeit, einer schweizidentitären und rassistischen Politik zuzustimmen. Denn das Problem wird als eines definiert, das zwangsläufig aus der Fremde kommt und von Zuwander*innen und Menschen ausserhalb Europas herrührt.

Wohlstand für Wenige

Die Ecopop-Initiative nimmt eine These auf, die durch Thomas Robert Malthus in seinem «Essay on the Principle of Population» von 1798 postuliert wurde (vgl.

«Vorwärts mit Berechnung!», Seite 15). Malthus behauptet, dass das stetige Bevölkerungswachstum in die Hunger-Katastrophe führe und Grund allen gesellschaftlichen Übels sei. Katastrophe meint in seinem Sinne, dass diejenigen, die besitzen, sich vor den Besitzlosen, den Vielen fürchten müssen. Malthus berechnet mittels einer mathematischen Formel das Bevölkerungswachstum der Besitzlosen und reduziert somit einen sozio-ökonomischen, verhandelbaren gesellschaftlichen Zustand auf eine berechenbare, entpolitisierte Grösse, die dann als objektives Postulat in das Denken eingeführt wird: Die Minimierung der besitzlosen Bevölkerung gewährleistet den nachhaltigen Wohlstand für wenige. Malthus' Essay entstand unter dem Eindruck der in seinen Augen bedrohlichen französischen Revolution.

Seine Überbevölkerungsthese, die bereits in der Zeit ihrer Veröffentlichung höchst umstritten war und widerlegt wurde, geistert bis heute durch die gesellschaftlichen Diskurse. Auch in einer links-liberalen, mittelständischen Öffentlichkeit findet sie immer wieder grossen Zuspruch.⁴ Und so spiegelt sie sich auch in den Forderungen der Ecopop-Initiant*innen wider: Im Wissen darum, dass sie sich auf eine jahrzehntelange, rassistische und klassistische Wohlstandsverteidigungs-Politik stützen können, verlangen sie den Ausschluss von «Fremden» und weniger Wohlhabenden aus der Schweizer Gesellschaft sowie Geburtenkontrollprogramme im globalen Süden (vgl. «Frauen sagen Nein zu Ecopop!», Seite 13). Dabei stellen sie beide Forderungen als objektiv notwendig dar, um ein imaginiertes «natürliches Gleichgewichts zu erhalten» (vgl. «Das Märchen vom natürlichen Gleichgewicht», Seite 20). Gemeint ist damit die Erhaltung des Wohlstands für wenige Privilegierte, denen qua Schweizer Pass, beruflicher Qualifikation oder schlichtweg sicherer Finanzen der Aufenthalt in der Schweiz gestattet ist. Dazu gehört auch das Einverständnis mit einer Politik, die in immer aggressiveren Vorstössen die der gesellschaftlichen Solidarität verpflichteten Sozialwerke abbaut und sozial wie rechtlich schlechter situierte Menschen in ihrer Existenz angreift. Die Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung zeigen, dass das reaktionäre Angebot von Ecopop gerne angenommen wird. Grund genug, der Initiative und der damit verbundenen entsolidarisierenden Denkweise eine linke Position entgegenzusetzen.

1 Die Gruppe formierte sich bereits im Juni 1970, damals noch unter dem Namen Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (SAfB). Zentrales Thema war bereits damals die Reduktion

der Bevölkerung via Reduktion der Geburtenrate und die Einschränkung der Zuwanderung in die Schweiz. Die Gruppe suchte direkte Unterstützung aus den völkisch-nationalen Kreisen und setzte sich in den 1970er-Jahren zum Ziel, die Nationale Aktion (NA) zu unterwandern. Mehr dazu in: Balthasar Glättli und Pierre-Alain Niklaus: «Die unheimlichen Ökologen. Sind zu viele Menschen das Problem?». Rotpunktverlag Zürich 2014. S. 107–115.

- 2 Online-Ausgabe des Blick vom 9. September 2014: <http://www.blick.ch/news/schweiz/graubunden/zu-viel-geiss-im-steinbock-erb-gut-buendner-bastarde-muessen-sterben-id3114600.html> (abgerufen am 10.09.2014).
- 3 Echo der Zeit vom 26.09.2014: «Weniger Sozialhilfeempfänger dank Sozialdumping». <http://www.srf.ch/player/radio/echo-der-zeit/audio/weniger-sozialhilfeempfaenger-dank-sozialdumping?id=57c8cfaf-5def-448c-a67f-736e60cad622> (abgefragt am 26.09.2014).
- 4 In Deutschland war es nicht etwa die NPD, sondern der ehemalige Finanzsenator der SPD, Thilo Sarrazin, der malthusianische und eugenische Thesen vor vier Jahren wieder salonfähig machte. Und in der Schweiz war es der Verein Ecopop, der die Debatte um die «Überbevölkerung» und die «Geburtenkontrolle» im Süden anriss – und nicht die SVP.

Postmigrantische Gesellschaft

Die Postmigrantische Gesellschaft beschreibt eine Gesellschaft, die durch Migrationserfahrungen strukturiert ist. Der Begriff der Postmigration meint keine Zeit, die einer gesellschaftlichen Phase der Einwanderung nachfolgt. Er verweist auf die politischen, kulturellen und sozialen Transformationen von Gesellschaften mit einer Geschichte der → postkolonialen und der «Gastarbeiter*innen»-Migration. Postmigration geht davon aus, dass Menschen, sobald sie in einer Gesellschaft ankommen, aufhören, Migrant*innen zu sein. Erst aus einer solchen Perspektive werden die diskursiven und medialen Bedingungen sichtbar, unter denen diese Menschen ex post als «Einwanderer*in», «Ausländer*in», «Fremde» bzw. als Subjekte «mit Migrationshintergrund» (selbst- und fremd-) wahrgenommen und der «Aufnahmegesellschaft» untergeordnet werden. Der Begriff der «postmigrantischen Gesellschaft» setzt sich von dem der «Einwanderungsgesellschaft» ab, aus dessen impliziten Setzungen überhaupt erst Forderungen nach «Integration»/«Assimilation» artikuliert werden können. Eine postmigrantische Gesellschaft zeichnet sich durch zunehmende Diversität aus, wodurch sich neue Spannungsräume eröffnen, die auf neue Gerechtigkeitsordnungen zielen. Überall im Alltag treten postmigrantische Situationen auf, die die lebensweltliche Seite dieser Verhältnisse zum Ausdruck bringen: postnationale Wahrnehmungs- und Handlungsräume von Biografien, deren Selbstverhältnisse sich nicht unbedingt nur auf eigene Migrationserfahrungen beziehen, jedoch zwischen Mehrfachzugehörigkeiten und Mehrfachdiskriminierungen reflektiert und gelebt werden.

Überalterung und Überbevölkerung

Texte zur «Überalterung in der Schweiz» und «Überbevölkerung in den Ländern des Südens» tauchen in den aktuellen gesellschaftlichen Debatten häufig auf. Was auf den ersten Blick als Gegensatz erscheint, hat weitaus mehr gemeinsam als den Wortteil «über». Anhand der Debatte um die Überalterung in der Schweiz und die möglichen Verknüpfungen mit der Überbevölkerungsdebatte sollen hier aktuelle Bevölkerungspolitiken kritisch beschrieben werden.

Unter Bevölkerungspolitik werden Politiken zur Lenkung bestimmter Bevölkerungsteile in Richtung politisch erwünschter Ziele verstanden. Typische Beispiele dafür sind in der Schweiz die Regelung von Ein- und Auswanderung, die Siedlungspolitik und die Raumplanung. Ein weiteres aktuelles Beispiel ist die Debatte um die «drohende Überalterung». Dahinter steht die Annahme, dass sich, als Folge der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge und der höheren Lebenserwartung, das Verhältnis der Pensionierten zu den aktiv im Berufsleben stehenden Personen verändert. Dies bedeutet, so der öffentliche Diskurs, dass letztere mit enorm hohen, durch erstere verursachten Kosten (AHV, Steuern für Gesundheits- und Sozialwesen) belastet werden, was zu einem Kollaps von Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen oder zu enormen Mehrausgaben und einer Staatsverschuldung führen werde.

Mehr Kinder für die AHV

Diese Bedrohungen sollen mit drei bevölkerungspolitischen Massnahmen verhindert werden: Das Pensionierungsalter soll auf 67 Jahre angehoben oder zumindest flexibilisiert werden, die Bevölkerung soll durch Einwanderung verjüngt und die tiefe «einheimische» Geburtenrate erhöht werden. Während die ersten beiden Massnahmen politisch umstritten sind, herrscht bei der dritten Einigkeit: Frauen in der Schweiz sollen mehr Kinder gebären. Aktuell häufen sich deshalb linke, liberale und konservative Vorschläge für eine geburtenfördernde (pronatalistische) Politik. Da es bei uns – im Gegensatz zum «überbevölkerten Süden» – verpönt ist, den Frauen direkt vorzuschreiben, ob sie mehr oder weniger Kinder haben dürfen,

spricht man lieber von «Familienpolitik». Gefordert wird das Aufstocken bereits bestehender staatlicher Unterstützung von Familien, wie Kindergeld, weitere Steuererleichterungen, Erlass der Krankenkassenprämien für Kinder, Ausbau von Krippen- und Hortplätzen. Gleichzeitig wird diese pronatalistische Familienpolitik aber auch von Klagen begleitet, dass dies weder vom Staat noch von der Wirtschaft finan-

sen. Ein Beispiel dafür ist das Beschwören eines bevorstehenden «Clashes der Generationen». Dieser soll dadurch entstehen, dass die älteren Menschen bei – als unvermeidlich hingestellten – Interessenskonflikten in naher Zukunft die jüngeren zahlenmässig überstimmen können. Das ist Kriegsrhetorik, die sich nur etablieren kann, weil man vorgibt, alle «Alten» würden eine homogene Gruppe darstellen, die

Da es bei uns verpönt ist, den Frauen direkt vorzuschreiben, ob sie mehr oder weniger Kinder haben dürfen, spricht man lieber von «Familienpolitik».

zierbar wäre. Auch der Mutterschaftsurlaub wurde, trotz Verfassungsauftrag seit 1945, erst 2005 eingeführt und liegt mit 14 Wochen Dauer weit unter dem von der EU festgelegten Minimum von 20 Wochen. Dies macht deutlich, wie sehr es bei den familienpolitischen Debatten um Bevölkerungspolitik geht und nicht um die Verbesserung der individuellen Situation einer Frau: die «familienfreundliche» Politik soll Frauen den Spagat zwischen mehr Kinder gebären und vermehrt im Berufsleben tätig sein müssen schmackhaft machen. Es soll aber möglichst nichts kosten.

Clash der Generationen

Bevölkerungspolitik nutzt populistische Metaphern und mediale Inszenierungen. Sie schafft damit Bedrohungsszenarien, die bestimmte Politiken zur Regelung von Problemen unabdingbar erscheinen las-

unsolidarisch nur die eigenen Interessen im Auge hat, während den «Jungen» als ebenso homogener Gruppe die Opferrolle zugeordnet wird.

Mit der Konstruktion vermeintlich gegensätzlicher Gruppen werden künstlich feindliche Fronten geschaffen und Unterschiede innerhalb der Gruppen, beispielsweise bezüglich Vermögen oder Lebensaufwand, ausgeblendet. Gezeichnet wird das Bild der egoistischen Alten, die die Gesellschaft für ihren hohen Lebensstandard und auf Kosten der jüngeren Generation unsolidarisch ausnützen, während sich diese für deren Ausgaben in den Sozialversicherungen und im Gesundheitswesen abrackern müssen. Das Resultat dieser Politiken ist erschreckend: Alte Menschen werden zunehmend als Belastung für die Gesellschaft betrachtet, als wirtschaftlich unproduktive Kostenversucher, die ihr Vermögen aufbrauchen, anstatt es gewinnbringend zu investieren.



Mit dem bereits zu einem festen Bestandteil des medialen Vokabulars gewordenen Unwort «Überalterung» gelingt es, alle alten Menschen zu diffamieren.

Mit der Postulierung und Beschwörung eines «Clashes der Generationen» könnte es aber auch gelingen, eine vierte Massnahme für eine Mehrheit der Bevölkerung akzeptabel zu machen: den bis anhin politisch nicht durchführbaren Abbau der Sozialversicherungsleistungen für ältere Menschen und die damit einhergehende Verarmung vieler Menschen dieser Generation. Anstatt Mehrkosten über zusätzliche Steuern, wie zum Beispiel eine Erbschaftsteuer, zu finanzieren, werden Steuern laufend abgeschafft und die Fehlbeträge bei den Sozialleistungen eingespart. Bevölkerungspolitiken werden also nicht, wie uns weisgemacht wird, zum Wohle der gesamten Gesellschaft durchgeführt, sondern dienen spezifischen Interessen.

Zu viele arme Kinder im Süden

Die Debatte über die «Überbevölkerung» als eine Folge zu hoher Geburtenraten in den Ländern des Südens spricht armen Frauen in diesen Ländern die Fähigkeit zu rationaler Geburtenplanung schlichtweg ab und schiebt ihnen und ihrer «unkon-

ben und deshalb zu einer Last und einer Bedrohung für die Begüterten werden. Sie könnten Forderungen nach Umverteilung des Reichtums oder nach anderen Formen des Wirtschaftens stellen oder sich sogar in Revolten auflehnen – eine Möglichkeit, die in den demagogischen Metaphern von der «Bevölkerungsbombe» und der «Bevölkerungsexplosion» bedrohlich mitschwingt.

Bevölkerungspolitik

Die Bevölkerungspolitiken hinter den Debatten um Überalterung und Überbevölkerung haben einiges gemeinsam. Beide bemühen Katastrophenszenarien, um das «Überhandnehmen» einer bedrohlichen Gefahr zu beschwören. Die drohende Katastrophe legitimiert Forderungen nach politischen Sofortmassnahmen, vor allem wenn diese in der Gesellschaft nicht populär sind. Beide Bevölkerungspolitiken folgen zudem einer Ideologie, die bestimmten Menschen, seien es arme Frauen und ihre Kinder im Süden oder alte Menschen hier, weniger Wert gibt als anderen. Dieser Wert bemisst sich anhand rassistischer Kriterien – lieber einheimische Kinder und länger im Arbeitsleben stehende Alte als schwarze Migrant*innen – und nach der marktwirtschaftlichen Nützlichkeit.

Bevölkerungspolitik schafft Bedrohungsszenarien, die bestimmte Politiken zur Regelung von Problemen unabdingbar erscheinen lassen.

kontrollierten» Gebärfähigkeit die Schuld an drohenden Umweltkatastrophen zu. Die Ecopop-Initiant*innen stehen in dieser Debatte für die plumpste rassistische und neokoloniale Variante. Gemäss ihnen belasten die vielen Kinder die globale Ökologie, weil sich entweder ihr Lebensstandard im Süden entwickeln wird, was eine Zunahme ihres «ökologischen Fussabdrucks» zur Folge habe, oder weil sie in unkontrollierbarer Armutmigration in die reichen Länder strömen und hier zur Umweltbelastung werden. Das Ziel bevölkerungspolitischer Massnahmen in den Ländern des Südens ist deshalb eine Reduktion der Anzahl Menschen durch Geburtenkontrolle. Den auch von Ecopop geforderten und von Regierungen und internationalen Entwicklungsorganisationen seit Langem durchgeführten Familienplanungsprogrammen kommt dabei eine zentrale und äusserst fragwürdige Rolle zu (vgl. Interview «Frauen sagen nein zu Ecopop!», Seite 13).

Zur altbekannten Rede von den Überzähligen ist neu der Einschluss alter Menschen und die Zuspitzung auf globale ökologische Fragen hinzugekommen. Die Rede von den Überzähligen besagt letztlich, dass arme Menschen zu viele Kinder ha-

Unbezahlte, gesellschaftlich notwendige Care-Arbeit, welche ältere Menschen für die Gesellschaft leisten, kommt in den wirtschaftlichen Rentabilitätsberechnungen ebenso wenig vor wie die Frage, ob nicht eher die reichen Länder mit ihrem ressourcenausbeutenden und gewinnmaximierenden Verhalten verantwortlich sind für die globalen ökologischen Probleme und die Armut in den Ländern des Südens, denn die dortige «Überbevölkerung».

Ecopop beinhaltet neokoloniales Gedankengut

Was legitimiert die Initiant*innen, über das Bevölkerungswachstum in südlichen Ländern zu entscheiden? Es entspricht einer alten kolonialen Tradition, dass den Ländern des Südens Massnahmen verordnet werden, die tief in das Leben und die Körper der Menschen eingreifen, aber nur der Sicherung und Verbesserung unseres eigenen Lebensstandards dienen. Mit der Forderung, zwecks Verhinderung «migrationsbedingter Umweltbelastung» in der Schweiz Entwicklungsgelder für die Reduzierung von Geburtenzahlen in armen Ländern zu verwenden, dockt die Ecopop-Initiative nahtlos an neokoloniale Politiken und Einstellungen der Eliten an, die nach wie vor die Verfügungsgewalt über Bodenschätze – und Frauen – für sich beanspruchen.

Seconda Republica. Wir sind da. Realitäten anerkennen.

von Second@s Plus

2014, Schweiz urban, ein Bahnhofsvorplatz, Döner mit Supermarkt und Take-away, Tische mit Shisha, Asia Food und Taxistand. Überm Platz hängt das grosse M. Geschichten steigen aus dem Bus. Der Platz füllt sich mit Ankommenden und Wegwollenden, mit Ausgeschlafenen und Menschen, die noch träumen. Business eilt zur S-Bahn. Jugendliche stehen in Gruppen um Bänke, unterhalten sich, chillen. Ein Nachwuchs, der seine Namen buchstabieren muss, seine Herkunft erklären muss, sich rechtfertigen muss, 1000 Mal pro Jahr. Das macht was mit dir, te lo juro. Voller Hoffnungen, trotz alledem, und voller Träume: Job, Karriere, Weltverbessern, Liebe, Familie, oder einfach party of a lifetime. Unterschiedliche Sprachen durchqueren den Klang der Strasse. Wortfetzen, zu leise, um wirklich gehört zu werden. Doch man spürt sie, lauter werdend, wollend. Alte, auf Sitzbänken, schauen dem Treiben zu, mit Augen, die viele Orte gesehen haben. Mit Herzen, die mehr als eine Herkunft kennen, vallah. Erinnerungen aus aller Welt, Hände und Köpfe, die das Land verändert haben, verändern, verändern werden. Check. Das isch Realität. Die Realität hat Migrationsvordergrund, miku im, mit grossem M.

Abseits vom Bahnhofsvorplatz, an den Wänden hängen Plakate, für Urlaub im Heildiland. Wo isch diese rot-weiss-blonde Heimat der Bergbauern, baba? Plakatmenschen grinsen von den Wänden ins Nichts. Ausgebleichte Politikergesichter versprechen dies und das, fordern dies und das, fürchten dies und das, warnen vor den drei roten M. Herr und Frau Schwiizer händ d'Wahl und mached brav ihres CHrüüzli. Check. Stimmvolk-TikTakToe, Uusländer use. Das Leben unterm Kreuz kennt nur Migrationshintergrund, mit kleinem m und grossem P. P für Probleme, mit schwarzen Haaren und unaussprechlichen Namen, mit falschem Pass und falschem Glauben, mit zu vielen Kindern und zu wenig Kultur, mit zu viel IV und zu wenig Integration. Ich schau mich um, sehe in unsere Gesichter und staune. Wir machen, was alle machen, mached üses Ding, versuchen glücklich zu werden. Wo bitte ist das

Problem? Anpassung, wer, woran, warum? Und überhaupt, in dem Wort steckt Pass, damn it. Das isch au mis Land. Ich beginne zu verstehen, Secondo heisst hier nicht zweite Generation, primo, sondern zweite Klasse. Check. So viele Zweitgenossinnen und Zweitgenossen, denke ich, und Wut kommt auf.

Ich gehe die Strasse entlang, höre ein Geräusch und blicke hoch. Ein Balkon mit Geranien, ein rot-weisses Fähnchen im Wind. Wer bitte ist hier die Parallelgesellschaft, Švajcarska? Ich lege meinen Kopf quer, 45 Grad nach rechts gedreht, und erkenne, was das Eidgenossenkreuz wirklich für uns bereithält: X – geschlossene Gesellschaft. Im Balkon-Biotop flackert Freizeit im Flachbildformat. Herr und Frau Schweizer rücken auf dem öffentlich-rechtlichen Sofa national zusammen, während der Rest der Welt auf tausend Kanälen sendet. Das eidgenössische Stimmvolk versammelt sich zur Primetime in der Tagesschau. Die Welt da draussen als Horrorshow im Heimkino, zum Wohlfühlen, Urteilen und Einigeln. Die drei grossen K. Vielzufremde Kulturen mit vielzuvielen Menschen mit vielzukomplexen Problemen. Was geht mich das a? Schnell umschalten. Zapp. In der Arena schiesst sich der Volkswille warm. Klappe zu, Affe tot. Check. Ein Rascheln, ich schau auf den Boden, lebloses Papier. Eines der vielen Blätter im Wind, die uns nur be-, aber nicht ansprechen. Die grosse Schwingete 1291 versus 1848, Kulturkämpfli im Wasserglas, Stammesrituale einer Community, aber nur einer unter vielen. Doch mir, die abseits vom Sägemehl stönd, mir wärded immer meh, denk ich, und Hoffnung keimt auf. Mir wird bewusst: Kein Bitte-Danke-Amen mehr, sondern Ansprüche stellen. Die Zeit spielt für uns, Sis. 2020 wird der Durchschnittsschweizer so aussehen und heissen wie meine Brüder und Schwestern. Unser Land wird eine Zweitgenossenschaft der unaussprechlichen Namen sein.

.....
Längst erwächst in der Schweiz mit uns eine neue Generation, die vom selbstgefälligen Mythos des eidgenössischen Volkes nichts mehr hören will, die genug hat von Diskriminierung nach Herkunft, Name und Aussehen, die längst in anderen Rea-

Ich beginne zu verstehen, Secondo heisst hier nicht zweite Generation, primo, sondern zweite Klasse.

litäten und Öffentlichkeiten lebt, die sich nicht auf eine Nation beschränken lässt, die viele Welten bewohnt, sozial, kulturell, politisch, geografisch, kommunikativ, ökonomisch, imaginär. Hier gedeiht die Zukunft der Schweiz, ganz egal, was nationalliberale oder nationalkonservative Eid-

genossen davon halten mögen. Während man sich in der herrschenden helvetischen Parallelgesellschaft darum streitet, ob denn die Schweiz eine «Einwanderungsgesellschaft» sein will oder nicht, leben wir bereits längst in einer postmigrantischen Wirklichkeit. Das heisst, wir leben in einer Gesellschaft mit Migrationsvordergrund, einer Kultur, die ganz sichtbar durch Migrationserfahrungen geprägt wird, durch unsere eigenen aber immer mehr auch durch die unserer Eltern, unserer Brüder und Schwestern, unserer Liebsten, Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Idole und Vorbilder. Postmigrantisch heisst auch anzuerkennen, dass Migrantinnen und Migranten, sobald sie in der Schweiz ankommen, mit welchem

legalen oder illegalen Status auch immer, de facto Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes werden. Erst im Nachhinein und als Effekt von Ausgrenzung und Segregation werden sie zu «Einwanderern», «Migranten» und Menschen «mit Migrationshintergrund» gestempelt.

Es ist Zeit, die postmigrantische Realität als gesellschaftliche Normalität anzuerkennen. Es gibt kein Zurück (ja, zu was eigentlich?). Die Schweiz braucht ein neues Selbstverständnis, einen neuen Style, eine neue Sprache, neue Bilder, neue Gesetze, neue Institutionen, die die vielfältigen Lebenswirklichkeiten im Land angemessen widerspiegeln. Wir wollen, dass in den öffentlichen Debatten nicht mehr nur über uns geredet wird. Wir wollen unsere eigenen Gesichter sehen, unsere eigenen Stimmen hören, unsere eigenen unaussprechlichen Namen und Geschichten lesen, unsere eigenen Feste auf den medialen Bühnen der Schweiz feiern. Wir wollen gleichberechtigt teilhaben, in jeder Hinsicht. Die Geschichte lehrt uns, dass es sich lohnt, einen langen Atem zu haben. Wir lernen von der Frauen- und Queerbewegung, von der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, von der Anti-Apartheid-Bewegung, von den Sans-Papiers und von den Alltagskämpfen und Lebensgeschichten unserer Eltern und Grosseltern, unserer Liebsten, die in dieses Land gekommen sind und es auch zu dem gemacht haben, was es heute ist. Von ihnen wissen wir, dass Migration immer gute Gründe hat: Armut, Kriege,



Krisen ... aber auch: Familie, Liebe, der Wunsch, sich ein neues Leben aufzubauen, pursuit of happiness.

Die seit Jahren medial beförderte Hetze gegen «Asylbetrüger, Wohlstandstouristen und kriminelle Einwanderer» hat die Vorstellung salonfähig gemacht, man hätte als Eidgenosse das Recht, zwischen legitimen und illegitimen Migranten zu unterscheiden. Letztere müssten mit allen Mitteln bekämpft werden. Legitime Einwanderung sei nur dann erwünscht, wenn sie «der Schweiz» nütze. Auch die weltweite Einwanderungsgesellschaft will wenn überhaupt Arbeitskräfte und Humankapital. Es erfüllt uns mit Wut, dass den Menschen des globalen, jetzt auch europäischen Südens und Ostens, unseren Brüdern und Schwestern, das Recht auf freie Wahl ihres Lebensmittelpunkts verwehrt wird, während sich die Bürger weisser Wohlstandsländer über die Weltkarte gebeugt wie selbstverständlich von Fern-

Migrationspolitik halten. Doch vertun wir uns nicht: Die Dinge werden zwar auch weiterlaufen, wenn es die herrschende Parallelgesellschaft in diesem Land vorzieht, postmigrantisches Leben weiterhin zu problematisieren, zu marginalisieren, auszuschliessen und schliesslich gänzlich zu negieren. Doch die Bedingungen des Zusammenlebens werden härter und die Chance auf ein Gemeinsames in der Vielfalt wird durch Repression und Ausschluss zunehmend geringer. Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Illegalisierung und Ignoranz gerinnen über Generationen hinweg zu kollektiven Erinnerungen eines stetig wachsenden Teils der Bevölkerung. Gerade jetzt prägt das Ergebnis der «Masseneinwanderungsinitiative» vom 9. Februar die Selbst- und Fremdwahrnehmung heranwachsender junger Menschen in diesem Land. Doch so oder so, Menschen werden kommen, egal als was und ob sie von irgend-

Wir leben in einer Gesellschaft mit Migrationsvordergrund.

sehshows anregen lassen, wohin sie wegen des guten Wetters, der Karriere, dem reinen Spass an der Freude vielleicht auswandern könnten. Allein die Möglichkeit, in fast jedes Land der Welt auszuwandern, ohne sich rechtfertigen zu müssen, ist ein Luxus, mit dem sich Wohlstandsmenschen über den Rest der Menschheit erheben. Mit welchem Recht? Als hätte man sich den Wohlstand im Schweiitze des eigenen Angesichts erarbeitet und somit redlich verdient. Vergessen, dass Eidgenossen noch im vorletzten Jahrhundert massenweise auswanderten. Weil sie arm waren und sich jenseits des Atlantiks ein besseres Leben erhofften. Vergessen, dass der Reichtum der Schweiz ohne Migrantinnen und Migranten und ihre Kinder und Kinderkinder undenkbar wäre. Vergessen, dass die Schweiz bis heute schamlos vom globalen Reichtums- und Gerechtigkeitsgefälle profitiert, das der Kolonialismus schuf. Schliesslich ist nicht irgendeine Leistung, sondern der pure Zufall dafür verantwortlich, wohin jemand in die Welt geworfen wird. Niemand verdient sich qua Geburt ein glücklicheres Leben – auch Eidgenossen nicht. Es gibt kein Einwanderungsproblem. Es gibt ein, zwei, drei, viele Gerechtigkeitsprobleme. Weltweit. In Europa. In der Schweiz.

Allen nationalen Abschottungsinitiativen, Zäunen und Gewässern der Welt zum Trotz, die Geschichte zeigt: Grenzen können nie gänzlich geschlossen werden, weder von der Schweiz, noch von der EU, noch von irgendeinem Land. Unzählige Menschen können und wollen sich nicht an die Planziele nationaler und internationaler

wem gerufen werden. Menschen werden kommen – so wie unsere Eltern, so wie wir – und das Leben in den weissen Wohlstandsblasen der Welt, nicht nur in der Schweiz, verändern. Langsam vielleicht, aber stetig. Wer glaubt ernsthaft, dass sich etwas dem mächtigen Drängen der Menschen auf der Welt und in der Schweiz nach Teilhabe und Glück in den Weg stellen kann?

Wir sind da. Wir bleiben. Wir richten uns ein. Wir werden mehr. Wir werden uns unserer selbst bewusst. Wir entwickeln eine Stimme. Wir melden Ansprüche an. Wir fordern Anerkennung. Wir fordern Bürgerrecht. Wir fordern Raum für Selbstrepräsentation, politisch, medial und kulturell. Wir fordern gerechte ökonomische und kulturelle Teilhabe. Wir fordern ein Ende der Diskriminierung und Segregation nach Herkunft, Name, Geschlecht und Aussehen. Wir fordern eine Öffnung der Grenzen. Wir fordern ein Ende des eidgenössischen Alptraums. Wir fordern eine neue Republik, eine Schweiz 2.0, eine Zweitgenossenschaft der Vielheit. Wir fordern die Zukunft.

.....
2020, azurblauer Himmel, kalte klare Luft, verheissungsvoll. Auf dem Berggipfel ein Kreuz, verrostet. Heidiland ist Vergangenheit, irmä. Kameronaschwenk. Am Himmel wehend, die Farben einer neuen helvetischen Republik, einer Seconda Republica: Grün wie die Hoffnung, rot wie Solidarität und goldgelb wie die Sonne des Südens.

Kontakt: seconda.republica@outlook.com

«Rettet unsere Wälder!»

Die Natur geht uns alle an, lautet das Argument, das Naturschützer*innen gerne ins Feld führen, wenn sie für ein gewisses Anliegen werben. Doch wer ist «alle»? Und was ist «Natur»? Ein kurzer Blick auf Naturkonstruktion, Machtverhältnisse und Strukturen im Naturschutz. von Anja Retus

«Rettet die Wale!» oder «Rettet die Wälder!» lauten zwei Slogans, die Umweltaktivist*innen seit den 1980er-Jahren mit viel Ausdauer skandieren. Klar, Wale und Wälder retten macht Sinn. Überhaupt, sich der Umwelt, der Natur zu widmen, sie vor exzessivem Verbrauch und vor Verschmutzungen zu schützen, ist sehr vernünftig, weil sie uns alle umgibt und somit auch alle betrifft. Wer sich also für den Naturschutz einsetzt, die*der setzt sich letztlich für die ganze Welt ein. So sehen sich auch die Ecopop-Initiant*innen im Dienste der gesamten Umwelt: Mit ihrer Initiative setzen sie sich für das Wohl aller Erdlebewesen ein, weshalb ihr Programm in keiner Weise rassistisch oder misogyn sein kann. Es geht schlicht um die Natur und deren Ressourcen – und wie diese von den Menschen genutzt werden.

Das Privileg der Grenzziehung

Die Gegenüberstellung von «Mensch(en)» versus «Natur», wie sie die Initiant*innen von Ecopop vornehmen, liegt vielen Naturschutz-Kampagnen zugrunde. Dabei erscheint «die Natur» oder «die Welt» stets als das, was vor den Menschen beschützt werden muss.

Ecopop ist rassistisch

Rassistisch ist die Ansicht, es sei falsch, dass Arme in den reichen Norden ziehen, da die Migration hierher «umweltfeindlicher» sei als eine Elendsexistenz dort. Damit «wir» in der reichen Schweiz so weiterfahren können wie bisher, sollen die Menschen aus ärmeren Ländern dazu gebracht werden, nicht noch mehr zu werden. Die Initiative reproduziert zudem das Bild der ungebildeten, schwarzen Frau, die von Natur aus hemmungslos fruchtbar und unfähig ist, selber über die Anzahl gewünschter Kinder zu entscheiden. Die Einwanderungsbegrenzung ist ein Angriff gegen diejenigen, die am wenigsten für die Umweltschäden verantwortlich sind. Hinter dem Deckmantel von Solidarität und von sogenannten «freiwilligen» Familienplanungsprogrammen versteckt sich Rassismus in einer vordergründig ethisch einwandfreien, ökologischen Verpackung. Damit macht Ecopop rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen auch für Menschen, die sich als «progressiv und ökologisch sensibel» verstehen, akzeptabel.

Dass «Natur» seit der Antike in Begriffen der Gegensätze beschrieben wird, hat jüngst der Biologe Ludwig Trepl in einigen schönen Beispielen dargelegt. Dabei zeigt sich, dass jede Beschreibung von «Natur» nur für eine ganz bestimmte Idee derselben funktioniert: Verwendet man «Natur» beispielsweise als Gegensatz von «Technik», dann ist Natur all das, worin keine Technik vorkommt, also bestimmt keine Apfelbaumplantage im Thurgau. Oder man setzt «Natur» der Stadt gegenüber und meint damit das grüne Naherholungsgebiet, den Wald oder den Park. Verwendet man dann aber zugleich «Natur» im aristotelischen Sinn als eine Art Gegenteil des von Menschenhand geschaffenen Artefakts, dann ist der Wald meist und der Park sowieso alles andere als natürlich, denn er wird von Menschen geformt, gepflegt, drapiert.

Natur ist folglich stets das, als was und wie Menschen sie mit einer bestimmten Idee oder Absicht definieren. Und so ist es auch mit dem Naturschutz, wie der Umweltaktivist Larry Lohmann von der Durban Group for Climate Justice in seinen Streitschriften aufzeigt: Naturschutz sei nie neutral, weil kein Konzept von Natur je neutral sei. Werde beispielsweise ein Gebiet oder eine Tierart als «bedroht» und «schützenswert» deklariert, so bedeute das in erster Linie, dass es Instanzen gebe (meist grössere NGOs oder auch Regierungen), die darüber entscheiden könnten, was es weshalb und wovor zu schützen gelte. Und dies bedeute weiter, dass es andere Leute gebe, die derlei Grenzen nicht ziehen können, da sie nicht dieselbe Definitionsmacht hätten.

Zum Beispiel Masoala

Ein schönes Beispiel für eine solch einseitige Grenzziehung bietet der Zürcher ZOO: Seit bald zwanzig Jahren unterstützt der ZOO Zürich einen rund 2 100 Quadratkilometer grossen Nationalpark auf der Halbinsel Masoala, die zu Madagaskar gehört. Der Park wurde 1997 gegründet, um – so die offizielle Erklärung der madagaskarischen Nationalbehörde und der Wildlife Conservation Society, die den Park führen – ein grosses Stück des dortigen Regenwaldes vor menschlichen Eingriffen wie Rodungen zu schützen. Wie die Ethnologin Eva Keller in ihren Recherchen aufzeigt («Schattenseiten des Masoala-Nationalparks in Madagaskar», NZZ, 25. Juni 2009), wurden mit der Gründung des Parks auf einen Schlag Dutzende von Familien ihrer Existenzgrundlage beraubt. Den Leuten wurde von einem Tag auf den nächsten der Zutritt zu ihren Anbauflächen für Reis, Zuckerrohr, Bananen oder Süsskartoffeln sowie zu den Weiden ihrer Rinder verwehrt, weil diese sich in der streng geschützten «Kernzone» des Parks

Dichtestress

Der Begriff «Dichtestress» stammt ursprünglich aus der Tierbiologie. Er beschreibt Verhaltensänderungen aufgrund räumlicher Enge oder ungenügender Nahrungszufuhr bei Erdhörnchen. Nach der Gleichung «Gehirn Erdhörnchen gleich Gehirn Schweizer» hat es der Begriff in kurzer Zeit zum medialen Schlagwort geschafft. «Dichtestress» bildet dann aber ein dumpfes Unwohlsein ab und keinen klar definierten Zustand von lebensbedrohlichem Mangel an Raum und Nahrung. Der Begriff «Dichtestress» legitimiert heute Fremdenhass, weil kein Platz im Bus gefunden wird oder das «Einswerden mit der unberührten Natur» in der «Einsamkeit des Wanderns» nicht immer garantiert ist. Diese subjektiven Gefühle und diffusen Befindlichkeiten eignen sich ausgezeichnet für politische Manipulationen.

Die Ecopop-Initiant*Innen manipulieren in zweifacher Hinsicht. Erstens geben sie vor, dass die Natur «natürlich» und der «Dichtestress» objektiv sei. Die Sehnsucht nach unberührter Natur ist aber eine Konstruktion der Moderne. In der Realität bot die Dichte der Städte früher wie heute eine attraktive Alternative zum harten Leben auf dem Land. In der Schweiz droht auch kein Nahrungsmangel als Folge der Anzahl Menschen, die hier leben, denn das Angebot an Nahrung hängt nicht von der bebaubaren Ackerfläche ab, sondern von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Zweitens manipuliert die Ecopop-Initiative auf subtile Weise, indem sie unhaltbare Analogien schafft zwischen global drohenden Umweltkatastrophen, die sie als Resultat von unkontrolliertem Bevölkerungswachstum hinstellt, und dem «Dichtestress» in der

Schweiz. Die für die Umweltkatastrophen verantwortliche Überbevölkerung soll sich dann in der Schweiz in Form von zu grosser Einwanderung und entsprechendem «Dichtestress» manifestieren. Die implizite Folgerung ist, dass wir durch den Abbau des lokalen schweizerischen «Dichtestresses» einen Beitrag zur Lösung der globalen Umweltprobleme leisten würden.

Diese Analogie ist verlogen, da nicht «Dichtestress» eine Umweltbelastung darstellt, sondern der Verbrauch von Ressourcen einzelner Personen und von der Industrie in den industrialisierten, reichen Ländern. «Dichtestress» beschreibt einfach die Verlustangst derjenigen, die es sich gewohnt sind, das Verfügungsrecht über den vorhandenen Platz zu haben. Statt diesen Anspruch als Interesse einer bestimmten Schicht zu entlarven und damit eine politische Debatte zu initiieren, verschleierte ihn Ecopop mit einer pseudo-ökologischen Argumentation und legitimiert damit rassistischen Hass auf Migrant*Innen.

Während die «Dichte» hochgespielt wird, ist der Stress hingegen real vorhanden. Verursacht wird er nicht durch einen «Mangel an Natur und Lebensraum», sondern durch unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die profitorientierten Wirtschaftsmechanismen mit ihrem Wachstumsdogma sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern zwingen Menschen in eine Verwertungslogik und in Produktionszyklen ein, die permanent Hochleistungen auf allen Ebenen erfordern. Parallel dazu werden die Sozialsysteme (Krankenkasse, AHV/IV etc.) abgebaut, die auf gesellschaftlicher Solidarität basieren und die bis anhin die Existenzsicherung garantieren. Dies löst bei vielen Menschen Stresssymptome und Existenzängste aus.

befinden würden. Wer es dennoch wagte, diese Zone des Parks zu betreten, musste mit Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren rechnen.

Für alle anderen Interessierten steht der Park jedoch offen: Zahlende Ökotourist*innen und Forscher*innen können sich frei im Park bewegen und ihren

wald-Ambiente bieten soll, wird für dieses Projekt geworben. Anfangs wurde über die Vertreibung der lokalen Bevölkerung aus ihren Wohn- und Nutzungsgebieten geschwiegen. Doch der Protest der dort lebenden Familien, die sich von Beginn weg vehement gegen das Projekt gewehrt hatten, fand bald internationale Unter-

Die Fakten werden folglich komplett verdreht: Die Vertreiber*innen erscheinen als edle Helfer*innen.

Interessen und Hobbies nachgehen – sie gehören offensichtlich nicht zur Gruppe Menschen, vor denen der Park geschützt werden muss. Der Zürcher ZOO gehört zu den grössten Sponsoren des Masoala-Nationalparks: Jährlich fliessen rund 140 000 Franken in das Projekt auf Madagaskar. Mit der Masoala-Halle, die den ZOO-Besucher*innen ein Stück Regen-

stützung, womit auch die mediale Aufmerksamkeit stieg. Die Parkbehörde versuchte den Aufruhr zu beruhigen, indem sie den ansässigen Bäuer*innen eine eingeschränkte Nutzung ihrer ehemaligen Felder und Weiden zugestand, Schulen in verschiedenen Dörfern mitfinanzierte oder einzelne Bewohner*innen in den saisonalen Tourismusbetrieb miteinzubeziehen



suchte. Doch, so Eva Keller, stünden diese «Zugeständnisse» in keinem Vergleich zu dem, was der Park den dort lebenden Menschen wegnimmt, nämlich nichts weniger als deren Existenzgrundlage.

Heute wird die Geschichte vom ZOO Zürich als ökologische und entwicklungspolitische Erfolgsstory dargestellt. So heisst es auf der Webseite der Masoala-Halle: «Wichtiger Teil des von der Wildlife Conservation Society und der Nationalparkbehörde Madagaskars MNP sind kleine Entwicklungsprojekte für die benachbarten Dörfer, die als Gegenleistung in die Verantwortung für den Park eingebunden werden.» [fehlender Satzteil im Original, Anm. d. Red.]¹ Die Fakten werden folglich komplett verdreht: Die Vertreter*innen erscheinen als edle Helfer*innen, die Vertriebenen als Hinterwäldler*innen, die der Hilfe ihrer Vertreter*innen bedürfen.

Grüner Orientalismus

Ähnliche Geschichten spielen sich auch in anderen Weltgegenden ab: Im Norden Thailands sollten in den 1990er-Jahren, mithilfe britischer Naturschutzorganisationen und der dänischen Regierung, Wälder vor deren Einwohner*innen «bewahrt» werden: Den dort lebenden Leuten wurde unter dem Banner des Naturschutzes die Lebensgrundlage entzogen. In Kenya werden den Massai seit über 100 Jahren ihre Wohn- und Nutzungsgebiete streitig gemacht: Zuerst von europäischen Pflanzern und Jagdfreunden, später von

«Naturschützer*innen» und dem (ebenfalls hauptsächlich europäischen) «Wild-life»-Tourismus – mit tatkräftiger Unterstützung grosser westlicher Naturschutzorganisationen.

Larry Lohmann hat für solche Tendenzen in der Umweltschutzbewegung den Begriff «Green Orientalism» geschaffen: In Anlehnung an die berühmte Streitschrift und Analyse von Edward Saïd («Orientalism») stellt Lohmann fest, dass Naturschutzkampagnen, die von NGOs aus den ehemaligen Industriestaaten geführt werden, häufig ein kolonialistischer Duktus innewohne. Deshalb sei besondere Vorsicht geboten, wann immer die Gegenüberstellung Mensch versus Natur auftauche und als Argument für den Umweltschutz ins Feld geführt werde: In vielen Naturschutzdiskursen entpuppt sich die Dichotomie Mensch versus Natur nicht selten als eine Gegenüberstellung von Mensch versus Mensch. Im Falle Masoala also geldbringende Tourist*innen und Forschende versus subsistent lebende und unliebsame Bevölkerung.

Dies gilt umso mehr, wenn sich Umweltschutzkampagnen mit Bevölkerungsdiskursen paaren: Das Zuviel an Menschen, das der Natur nicht guttut, liegt immer bei den anderen, denen ausserhalb der eigenen Scholle. Überbevölkerung und Umweltzerstörung ist immer da, wo «wir» nicht sind. So wird aus dem schlüssigen Slogan «Rettet die Wale!» schnell einmal: «Rettet unsere Wahl!» Sélection par excellence, serviert auf dem grünestrichenen Silbertablett.

Exakt diese Dichotomie, welche die einen Menschen den anderen gegenüberstellt, liegt auch der Ecopop-Initiative zu Grunde: Der saturierte Schweizer Mittelstand definiert, welche Menschen «zu viel» sind (alle ausserhalb der Schweiz und besonders diejenigen im globalen Süden). Die Absicht ist klar: Die Schweizer Vorgärten der Mittel- und Oberschicht sollen bewahrt oder eben «geschützt» werden – vor allen Menschen, die sich einen ähnlich bequemen Lebensstandard wünschen könnten.

1 URL: http://www.zoo.ch/xml_1/internet/de/application/d2/d102/d1573/f216.cfm, abgerufen am 27.9.2014.

Literaturhinweise:

- Ludwig Trepl: «Die Idee der Landschaft. Eine Kulturgeschichte von der Aufklärung bis zur Ökologiebewegung», Transcript: Bielefeld 2012.
- Thomas Kirchhoff und Ludwig Trepl (Hg.): «Vieldeutige Natur. Landschaft, Wildnis und Ökosystem als kulturgeschichtliche Phänomene», Transcript: Bielefeld 2009.
- Larry Lohmann: Green Orientalism. Siehe <http://www.thecornerhouse.org.uk/resource/green-orientalism>
- Larry Lohmann: Ethnic Discrimination in «Global» Conversation. Siehe <http://crashkursmarxismus.blogspot.ch/2014/03/stop-ecopop.html>
- http://humanrightsmasoala.org/de/publications_all (Texte, Radio- und Fernsehsendungen rund um den Masoala-Park)

Anja Retus ist Historikerin und mag Apfelbäume.

Stark und stolz wie ein Redwood-Baum

**Umweltschutz und Eugenik,
ein Bericht aus den USA.**

Sind die Forderungen von Ecopop ein Novum, oder gar ein Schweizer Phänomen? Ein Blick auf die Geschichte und über den Atlantik macht deutlich, dass die Verknüpfung von Umweltschutz und Bevölkerungspolitik weder neu noch zufällig ist. Während einige rechte Organisationen diesen Link aus populistischen Gründen bedienen, werden diese beiden Elemente von anderen in einen ideologischen Zusammenhang gestellt. Eine Verknüpfung, die auch schon in einer direkten Linie vom Natur- zum «Rassenschutz» gipfelte.

von Katja Schwaller

Im Jahr 2008 erschienen in relativ liberalen US-amerikanischen Zeitschriften wie «Mother Jones», «Harper's Magazine» oder dem «New Yorker» ganzseitige Werbeinserate, die einen Bulldozer bei der Zerstörung eines Waldes zeigen. Zersiedelung, Stau, eine überlastete öffentliche Infrastruktur, die Abholzung der Wälder, die Bebauung von Naturflächen und überhaupt die fortschreitende Umweltverschmutzung seien die Folge einer

Analog zur Zerstörung der «unberührten» Wildnis drohte in ihren Augen auch eine «Genverschmutzung».

völlig ausser Kontrolle geratenen Bevölkerungsexplosion und der ungebremsten Zuwanderung von Immigrant*innen, warnt der Text unter dem Bild. Die Einwohnerzahl der USA werde sich noch vor 2100 von 300 auf 600 Millionen Personen verdoppeln und so eine ökologische Katastrophe unabwendbar machen. Sofern man nicht heute aktiv werde und dieser drohenden Invasion einen Riegel vorschiebe. Finanziert wurde diese teure Kampagne, die auch aus der Feder von Ecopop-Exponent*innen stammen könnte, von einer Organisation mit dem neutral-technokratisch klingenden Namen America's Leadership Team for Long Range Population-Immigration-Resource Planning. Dahinter verbergen sich rechte bis rechtsextreme Organisationen wie die Federation for American Immigration Reform (FAIR), die vom Pioneer Fund, einer White-Supremacy-Organisation, die mit

ihrer Intelligenzforschung einen wissenschaftlichen Beleg für die Überlegenheit der weissen Rasse erbringen möchte, finanziell unterstützt wird. Oder auch der Verlag The Social Contract Press, der unter anderem das Buch «The Immigration Invasion» der bekannten Rassisten John Tanton und Wayne Lutton veröffentlichte, das in Kanada aufgrund seines rechtsextremen Inhalts auf den Index gesetzt wurde. Alle fünf hinter dem Inserat stehenden Organisationen wurden von John Tanton mitgegründet und/oder von dessen U.S. Inc Foundation mitfinanziert. Diese Strategie von rechten Organisationen, ihrer Anti-Immigrationspolitik das Ökomäntelchen überzuwerfen und mit ihren Kampagnen gezielt in der Umweltbewegung und im liberalen Lager auf Stimmenfang zu gehen, ist in den USA mittlerweile als «Strategie des Grünwaschens» bekannt. Doch auch John Tanton, einer der führenden Exponenten des rechten Flügels der Umweltbewegung in den USA, hat sein Handwerk im Herzen der Umweltschutzbewegung gelernt, nämlich als ranghohes Mitglied des Sierra Clubs, der grössten und einflussreichsten Umweltschutzorganisation der USA.

«Das Boot ist voll»

Die Verknüpfung von Umwelt- mit Bevölkerungspolitik war nämlich auch lange Zeit das Credo des Sierra Clubs, der noch bis Mitte der 1990er-Jahre Horrorszenarien einer drohenden Bevölkerungsexplosion an die Wand malte und bei der Regierung «im Namen der Natur» für eine Beschränkung der Immigration oder sogar ein Einwanderungsmoratorium lobbyierte. «Das Boot ist voll», hiess es frei nach

dem Ökologen Garrett Hardin, der mit seiner Rettungsboot-Ethik in bester malthusianischer Manier propagierte, man solle die armen Massen über Bord werfen, um das Überleben der Eliten zu sichern. In dieselbe Kerbe schlug auch Paul R. Ehrlich, der in seinem 1968 vom Sierra Club veröffentlichten Buch «The Population Bomb» gross angelegte bevölkerungspolitische Programme und Zwangssterilisierungen forderte. Denn nur durch die Dezimierung überzähliger Mütter durch eine Geburtenreduktion oder Verhungernlassen könne der drohende Super-GAU für den Planeten Erde abgewendet werden. (Ehrlich veröffentlichte nebenbei gesagt auch mehrere Bücher mit John Holdren, Obamas Wissenschaftsberater.) Neben dem Einfluss von alarmierenden Berichten des Club of Rome zu den «Grenzen des Wachstums» und hysterischen Überbevölkerungspro-

gnosen – die sich allesamt als falsch herausstellen sollten – verbarg sich hinter diesen Tendenzen auch eine gehörige Portion Antikommunismus, resp. eine Kalte-Kriegs-Rhetorik, wonach die armen Massen eine Gefahr darstellten, da sie potentiell für den Kommunismus empfänglich seien. Was für die Umwelt nicht gut sei, wird schliesslich nur allzu oft von gesellschaftlichen Gruppen definiert, die durchaus ein Interesse daran haben, den Status quo zu bewahren bzw. ihre privilegierte Position und die eigene Scholle zu verteidigen.

Genverschmutzung im Naturparadies

Solch schrille Töne und nach drastischen Massnahmen rufende Weltuntergangsszenarien und Endzeitstimmungen waren bereits mehr als ein halbes Jahrhundert davor, bei den Gründungsvätern des Naturschutzes in den USA, en vogue. Und auch diese forderten Zwangsterilisationen und strengere Immigrationsgesetze zum Wohle der Natur. Das Problem war damals allerdings weniger die Überbevölkerung, als ganz unverblümt die drohende Ausrottung der «nordischen Herrenrasse», die durch Vermischung mit «minderwertigem Blut» und aufgrund sinkender Geburtenraten der weissen Mittel- und Oberschicht geschwächt und wie die stolzen und von Abholzung bedrohten Redwood-Bäume, Phallussymbol der Pionierkaste, dem Untergang geweiht sein würde. Denn analog zur Zerstörung erhabener Naturreiche und der «unberührten» Wildnis drohte in ihren Augen auch eine «Genverschmutzung». Und diese zu verhindern, hatten sich auch einige der führenden Naturschützer des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts auf ihre Fahne geschrieben. So kam es, dass dieselben Personen, die gegen die Abholzung der Mammutbäume die Save the Redwoods League gründeten, auch den Schutz ihres «menschlichen Pendants», ebenso stark und stolz und herrschaftlich, zu ihrer Aufgabe erklärten. Ihre Mission hatte einen Namen: «nordisizing». Bei den Nazis hiess das dann «aufnorden».

Vom Naturgesetz zu Manifest Destiny

Der Link zwischen Umweltschutz und Eugenik wurde neben solchen aus der Natur entlehnten Metaphern – die Redwood-Bäume waren dabei nur das beliebteste Beispiel – über bürgerliche Vorstellungen einer reinen, unberührten Natur und der paranoiden Wahnvorstellung einer drohenden Invasion von fremden Spezies, Neophyten oder sonst wie störende Elemente, in das «natürliche Gleichgewicht» hergestellt. Allem voran dienten aber sogenannte Naturgesetze zur Legitimation eu-

genischer Eingriffe. Denn die Natur hielt, frei nach Darwin, wichtige moralische Lehren bereit, die direkt auf die Gesellschaftsordnung übertragen werden konnten. Nur die Stärksten und Besten waren in ihrer konservativen Auslegung der «natürlichen Ordnung» dazu erschaffen, sich durchzusetzen. Solche «Naturgesetze» wurden in sozialdarwinistischer Manier auf die Gesellschaft übertragen und zum absoluten Diktum, dem Manifest Destiny, einer quasi gottgewollten Bestimmung erklärt. Nicht ihre Gewehre und Kanonen hatten den amerikanischen Kolonist*innen ihren Eroberungsfeldzug ermöglicht, sondern die natürliche Überlegenheit ihrer Rasse. Daraus wurde ein Anspruch auf Raumhoheit abgeleitet, der nicht nur die Expansion nach Westen, sondern auch eine totale Verfügungsgewalt der selbsternannten Interpret*innen der natürlichen Weltordnung begründete. So schrieb Madison Grant, einer der einflussreichsten Umweltschützer seiner Zeit, in seinem 1925 auf Deutsch übersetzten Buch «Der Untergang der grossen Rasse» (das Hitler liebevoll

Natur) und Mitinitiator von mehreren Nationalparks. Er war gleichzeitig auch Mitbegründer der American Eugenics Society, Vize-Präsident der Immigration Restriction League und einer der Architekten des Immigration Act von 1924, der die Einwanderung in die USA einer strikten Kontingentierung nach Herkunftsland und Abstammung unterwarf. Insbesondere die Einreise von Süd- und Osteuropäer*innen und Jüd*innen sollte gedrosselt werden. Menschen aus dem asiatischen Raum wurde die Einreise sogar ganz verwehrt.

Grüne Inseln im Wasteland

Grant, der auch mit John Muir, dem Gründer des Sierra Clubs, befreundet war, ist aber kein Einzelfall. So versammelte etwa der von ihm frequentierte Boone and Crockett Club, die älteste Naturschutzorganisation der USA, zahlreiche einflussreiche Persönlichkeiten wie den späteren Präsidenten Theodore Roosevelt, Henry Fairfield Osborn und Gifford Pinchot, die sich allesamt nicht nur als Naturschützer, son-

hatte keinen Platz in ihrem elitären White-Supremacy-Weltbild. Denn daraus speisten sie ja gerade ihr Recht, zu definieren, was schützenswert sei und was nicht. Eine solche Unterteilung in gut und schlecht, oder eben wertvoll und weniger wertvoll, wurde dann von den Propagandist*innen der Eugenik auch auf den Menschen übertragen und begründete so eine Ideologie, die sich bald auch in rassistischen Heirats- und Immigrationsgesetzen und mehreren zehntausend Zwangssterilisationen in den USA manifestierte. Eine Ideologie, die auch massgeblich von führenden Naturschützern mitbegründet wurde – und die wenig später in Nazi-Deutschland ihre mörderische Sprengkraft vollends entfesselte.

Weder neu noch zufällig

Natürlich sollen diese neueren und älteren Geschichten aus der US-amerikanischen Umweltschutzbewegung keineswegs suggerieren, dass die Verfechter*innen der schweizerischen Ecopop-Initiative mit den fanatischen Eugeniker*innen des frühen 20. Jahrhunderts gleichgesetzt werden können. Noch sollen wichtige und berechtigte Umweltschutzanliegen diskreditiert werden. Wer dafür aber bevölkerungspolitische Forderungen ins Feld führt und seine Anhänger*innenschaft mit einer migrant*innenfeindlichen Politik zu mobilisieren versucht, muss sich bewusst sein, in welche Fussstapfen er/sie tritt. Diese Verknüpfung ist weder neu noch zufällig. Darüber können weder pseudo-naive Beteuerungen noch halbherzige Antirassismus-Statements hinwegtäuschen. Im Gegenteil. Auf der Webseite einer mit Ecopop verwandten US-amerikanischen Organisation, der ebenfalls von John Tanton gegründeten Support US Population Stabilization, heisst es zum Beispiel in einem Kästchen mit der Überschrift «Nein zu Rassismus, Ja zu Umweltschutz», dass sie ja gar keine Rassist*innen sein könnten, da sie als Umweltschützer*innen für die Biodiversität einstehen würden. Doch auch Madison Grant sprach sich durchaus für die Artenvielfalt aus. Denn nur dadurch könne die Auswahl der Besten sichergestellt werden. Wer mit Biologismen um sich wirft, täte eben doch besser daran, einen Blick auf die eigene Geschichte zu werfen.

Weiterführende Informationen: Gute Ressourcen zu den Ecopop-ähnlichen Organisationen in den USA und ihren Drahtziehern bietet das Southern Poverty Law Center (auf Englisch): www.splcenter.org

Katja Schwaller ist Übersetzerin und hält sich oft an der US-Westküste auf, wo ihr die Gedenktafeln für Madison Grant und Konsorten ein Dorn im Auge sind.

Dass sie selber die Eindringlinge waren, hatte keinen Platz in ihrem elitären White-Supremacy-Weltbild.

«meine Bibel» nannte): «Die Naturgesetze verlangen die Vertilgung des Untüchtigen, und ein Menschenleben ist nur dann wertvoll, wenn es für die Allgemeinheit oder die Rasse von Nutzen ist.»

Grant war nicht nur einer der Gründer der Save the Redwoods League und der American Bison Society, Verwaltungsrat im American Museum of Natural History (die pädagogisch wertvollen Lehren der

dern auch als Propagandisten der Eugenik einen Namen machen sollten. Das erklärte Ziel dieses elitären Männerverbundes, der übrigens heute noch existiert, ist der Schutz der Flora und Fauna. Allem voran hatten sie sich jedoch die sehr männliche Sportart des Jagens – als exklusive und aristokratische Freizeitbeschäftigung – auf ihre Fahne geschrieben. Was auf den ersten Blick als Widerspruch erscheinen mag, ist im Gegenteil geradezu symptomatisch für die frühen Naturschützer und deren Motive und Milieus. Ihr ökologisches Anliegen bestand hauptsächlich in der Bewahrung einiger eingegrenzter, als besonders schützenswert eingestufte Gebiete als Naturschutzzonen (und Jagdgründe), in denen die «unberührte» Natur dem Zugriff der immer weiter fortschreitenden Industrialisierung entzogen und vor schädlichen Eindringlingen geschützt werden sollten. Dass die als menschenleer und unberührt angepriesenen Naturgebiete bis vor Kurzem die Heimat der Native Americans gewesen waren, die von den vorrückenden Pionier*innen und Kolonialarmeen brutal ermordet oder in kümmerliche Reservate vertrieben worden waren, klammerten sie aus. Dass sie selber die Eindringlinge waren, die nicht nur die ursprünglichen Bewohner*innen der zu Naturschutzzonen erklärten Gebiete verdrängten, sondern auch Bäuer*innen und nicht zum Zeitvertreib auf Pirsch liegende Jäger, die aus der Bewirtschaftung dieser Gebiete ihren Lebensunterhalt bestritten,

Ecopop beinhaltet eugenisches Gedankengut

«Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen»: Was technokratisch als Familienplanung zur Reduktion von Geburten daherkommt, entpuppt sich als Einteilung von Menschen in wertvollere und weniger wertvolle gemäss einer marktwirtschaftlich definierten Nützlichkeit. Es gibt «Nützlichere», die zur ökonomischen Wertschöpfung beitragen und erwünscht sind, sowie die ökonomisch Unnützen, die als Last begriffen werden. Werden bei uns die «Alten» zunehmend als Menschen dargestellt, die zu einer Last für die Gesellschaft werden, sind in den Ländern des Südens «die Armen» die Überzähligen, die besser gar nicht erst geboren werden. Diese Einteilung in wertvolle und minderwertige Menschen entspricht eugenischem Gedankengut. Ecopop gesteht dies auf ihrer Webseite unfreiwillig ein: «Die Weltbevölkerung nimmt jeden Tag um 220 000 Menschen zu. Mit diesem starken Bevölkerungswachstum, hier wie weltweit, verbauen wir unseren Kindern im wahrsten Sinne des Wortes die Zukunft!» Es ist unmissverständlich, dass mit «unseren Kindern» nicht die Kinder armer Frauen in den Ländern des Südens gemeint sind. Auch die Aussage der Initiant*innen, dass «gut qualifizierte» in die Schweiz kommen dürfen, ist ein Ausdruck der Einteilung in mehr oder weniger wertvolle Menschen.

Frauen sagen Nein zu Ecopop!

Die Gruppe «Frauenstimmen gegen den Krieg» befasst sich seit über zehn Jahren mit Sicherheitspolitik und westlicher Legitimierung von Krieg und Unterdrückung. Ein Gespräch mit der Gruppe über feministische Argumente gegen Ecopop.

Ihr habt jüngst ein ausführliches Positionspapier zur Ecopop-Initiative verfasst. Weshalb schenkt ihr dieser Initiative so viel Aufmerksamkeit?

Weil sie gefährlich ist. Die Ecopopper*innen versuchen, ihre Initiative progressiv zu verkaufen, indem sie sagen, es gehe ihnen um die Ökologie. Dabei verschweigen sie alle reaktionären Ideologien, die dieser Initiative zugrunde liegen. Dass die Initiative rassistisch ist, scheint zum Glück einigen Leuten klar zu sein. Dass sie aber auch zutiefst frauenfeindlich und neokolonialistisch ist, darüber sprechen die wenigsten.

Wieso haltet ihr die Initiative für frauenfeindlich?

Die Initiative besteht aus zwei Teilen: Einer zur Beschränkung der Einwanderung und einer zur Geburtenkontrolle im Süden. Beide sind sexistisch und frauenfeindlich. Der zweite Teil fordert Familienplanungsprogramme, das heisst die Abgabe von Verhütungsmitteln an Frauen in armen Ländern des Südens zwecks Senkung der Geburtenrate. Dafür sollen 10 Prozent der staatlichen schweizerischen Entwicklungshilfegelder eingesetzt werden. Mit dieser Forderung verstösst die Initiative gegen das elementare Menschenrecht, selbstbestimmt und frei von Zwang über den eigenen Körper und die Anzahl Kinder zu entscheiden. Sie bezieht sich auf die längst überholte Definition der Uno-Weltbevölkerungskonferenz von 1968, die Familienplanung mit Bevölkerungskontrolle gleichsetzt. Dabei haben die Uno-Mitgliedstaaten bereits 1979 die CEDAW, die Konvention zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau, verabschiedet. Diese definiert das Recht von Frauen und Männern, frei über die Zahl und den Zeitpunkt der Geburten zu entscheiden, als universelles Menschenrecht. Das ignoriert Ecopop.

Wünschen denn Frauen aus dem Süden keinen besseren Zugang zu Verhütungsmitteln?
Familienplanung mit dem Verteilen von Verhütungsmitteln gleichzusetzen, verkennt die Lebensrealität von Frauen im

Süden. Frauen ändern ihr Gebärverhalten nicht wegen Aufklärungskampagnen. Die allermeisten Frauen haben Zugang zu Verhütungsmitteln und wissen, wie sie anzuwenden sind. Können Frauen nicht verhüten oder abtreiben, hat das politische und religiöse Gründe und bedeutet, dass ihnen ihre Menschenrechte bewusst vorenthalten werden. Da hilft auch das Verteilen von Verhütungsmitteln nicht weiter.

Zur Realisierung der Initiative müssten ausgerechnet jene Programme gestrichen werden, die Frauen befähigen, selbstbestimmter und finanziell unabhängiger zu leben, denn die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit steckt gemäss Angaben der DEZA nur halb so viel Geld in Frauenprojekte, wie Ecopop für Familienplanungsprogramme ausgeben will.

In eurem Papier schreibt ihr, die Initiative berge kolonialistisches Gedankengut – inwiefern das?

Die Initiative reproduziert das Bild der ungebildeten farbigen Frau, die von Natur aus hemmungslos fruchtbar und unfähig ist, selber über die Anzahl der gewünschten Kinder zu entscheiden. Um diesen Frauen zu «helfen» sollen gemäss Ecopop wir in der Schweiz bestimmen, wie viele Kinder in Entwicklungsländern geboren werden dürfen. Unter dem Deckmantel der Solidarität versteckt sich Rassismus und eine neokoloniale Einstellung: Den



armen Ländern des globalen Südens werden Massnahmen verordnet, um den Lebensstandard des globalen Nordens aufrecht zu erhalten. Implizit reduzieren die Initiant*innen Frauen damit auf ihre Gebärfähigkeit und sprechen ihnen ein selbstbestimmtes Leben als Subjekte ab. Auch im globalen Süden entscheiden Frauen durchaus rational, ob sie ein Kind zur Welt bringen oder nicht. Ihre Motivationen mögen andere sein als in der Schweiz – deshalb sind sie nicht weniger legitim. Vielerorts erhöhen Kinder – oder gar Söhne – das soziale Prestige, sie spenden Freude im Alltag, sie tragen zu Lebensunterhalt bei oder sind die einzige Daseinsvorsorge. Hier wie dort gibt es den völlig autonomen Entscheid für oder gegen ein Kind nicht. Alle Frauen sind von kulturellen Normen geprägt und in sozio-ökonomische Zwänge eingebunden.

Nicht von ungefähr richtet sich die Idee der Geburtenreduktion immer an arme Frauen. Was also vordergründig technologisch und «neutral» daherkommt, bewertet Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Es unterscheidet zwischen wertvollen und überflüssigen Menschen. Wenn Ecopop also verlangt, im Süden sollten «die Armen» besser gar nicht erst geboren werden, zeugt das von eugenischem Gedankengut.

Ecopop lügt auf der ganzen Linie. Die globale Bevölkerung wächst heute wegen der gesteigerten Lebenserwartung und der sinkenden Kindersterblichkeit und nicht wegen hoher Geburtenraten im Süden. Im Gegenteil auch im Süden hat sich die durchschnittliche Anzahl Kinder pro Frau in den letzten Jahren auf 2,75 halbiert und wird laut Hochrechnung der Uno bis 2020 auf 2,05 bis 2,45 weiter sinken.

*Die Initiant*innen betonen aber stets die Freiwilligkeit dieser Familienplanungsprogramme, Frauen hätten das Recht, selber zu bestimmen.*

Von Freiwilligkeit zu reden ist zynisch, das zeigen Beispiele aus Geschichte und Gegenwart. Familienplanung im Süden folgt meist gross angelegten Programmen mit vordefinierten Zielen. Die meisten dieser Programme behaupten, sie seien freiwillig, arbeiten aber mit Anreizen und Quoten. Anreiz bedeutet, dass die Frauen Lebensmittelhilfen, Direktzahlungen, Bildungsgutschriften für Kinder oder zinslose Darlehen erhalten, wenn sie an Verhütungsprogrammen teilnehmen. Oft bekommen sie nur über diese Verhütungsprogramme überhaupt erst Zugang zu medizinischer Versorgung! Zusätzlicher Druck wird vom Gesundheitspersonal ausgeübt. Denn dessen ohnehin niedriger Lohn ist direkt vom Erreichen bestimmter Quoten an Sterilisationen oder der Abgabe von Verhütungsmitteln abhängig. Es gibt auch keine Wahlmöglichkeit bei den Ver-

hütungsmitteln. Meist werden hormonelle Langzeitkontrazeptiva gespritzt oder implantiert, die immer wieder zu massiven Gesundheitsschäden führten.

Beispiele für diese «freiwilligen» Programme gibt es viele: Unter dem Druck der Weltbank, der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID und dem Uno-Bevölkerungsfonds UNFPA forcierte 1983 die Regierung in Bangladesch die Senkung der Geburtenrate. «Freiwilligkeit» hiess: Wer in eine Sterilisation einwilligte, bekam eine Geldzahlung von mehreren Monatslöhnen und Kleidung – dies in einer Zeit, in der viele Menschen aufgrund grosser Überschwemmungskatastrophen Hunger litten und oft nur über ein einziges Kleidungsstück verfügten. Von freier Wahl kann also nicht die Rede sein!

Das ist aber Vergangenheit ...

Leider nicht. Zwar sprach sich, aufgrund massiver Kritik aus feministischen Gruppierungen, die UNO-Weltbevölkerungskonferenz 1984 dezidiert gegen Zwang und Anreize oder Bestrafungen in Familienplanungsprogrammen aus. Sie sprach sich für breitere Programme aus, die auf einer wirklich freien Wahl beruhen und die gesamte reproduktive Gesundheit umfassen. Trotzdem existieren die kritisier-

gegen das preisgünstigere chinesische Sino-Implant II. Interessant ist, dass Bayer dabei von der Bill & Melinda Gates Foundation und verschiedenen westlichen Regierungen finanziell und logistisch unterstützt wird. Unter dem Schirm der UNO-Millenniumsziele verspricht dieses Programm bis 2018 in 50 Ländern des Südens 30 Millionen «ungewollte Schwangerschaften» zu verhindern und damit 250 Millionen US-Dollar an Gesundheitskosten einzusparen. Das ist ein Skandal.

Ihr betrachtet auch den ersten Teil der Initiative, die geforderte Zuwanderungsbeschränkung, als frauenfeindlich. Wieso das?

Als Feminist*innen haben wir uns gefragt: Wer trägt eigentlich zum gesunden und ökologischen «Haushalt» in der Schweiz bei? Alles was gesund und gut ist, braucht viel Zeit oder Geld – oder beides und wird gerne wortlos in den Verantwortungsbereich der Frauen gerückt.

Was geschieht, wenn Ecopop die Zuwanderungsbeschränkung durchsetzt, können wir an einer Hand abzählen. Schon jetzt erhöht sich der Druck auf Frauen, berufstätig zu sein, um die nach der Annahme der Einwanderungsinitiative potentiell fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Zudem werden die ohnehin schon knappen Arbeitskräfte

Die Initiative reproduziert das Bild der ungebildeten farbigen Frau, die von Natur aus hemmungslos fruchtbar und unfähig ist, selber über die Anzahl der gewünschten Kinder zu entscheiden.

ten Bevölkerungskontrollprogramme zum Beispiel in Indien bis heute. Das beweist, es geht nicht um Empowerment von Frauen und Männern im Süden, sondern um bevölkerungspolitische Massnahmen.

Auch im subsaharischen Afrika wird armen Frauen in diversen ähnlichen Programmen das Recht auf freie Wahl verwehrt. Ihnen werden ausschliesslich hormonelle Langzeitkontrazeptiva wie Depo Provera oder Hormon-Implantate wie Jadelle angeboten. Beide Verhütungsmittel bergen substantielle Gesundheitsrisiken, wie zum Beispiel sehr starke Blutungen bei gleichzeitiger Mangelernährung, und verwehren den Frauen während der zwei bis sechs Jahre dauernden Wirkung die Bestimmungsmöglichkeit über ihren eigenen Körper. Die Gesundheit der Frauen und ihr Recht auf Selbstbestimmung sind den Ecopop-Initiant*innen egal.

Das Implantat Jadelle wird von Bayer produziert – welche Rolle spielt die Pharmabranche in der Entwicklungszusammenarbeit?

Empfängnisverhütung ist ein lukrativer und hart umkämpfter Markt. Im Fall von Jadelle kämpft Bayer um Marktanteile

in der Sozial- und Gesundheitsversorgung fehlen. Das erhöht den Druck auf Frauen, noch mehr gratis Pflege- und Sorgearbeit zu übernehmen. Dann werden die Sozialversicherungen darben, die auf eine wachsende Bevölkerung abstützen. Und dann ist es nicht mehr weit zu einer pronatalistischen Politik, die fordert, dass hiesige Frauen doch bitteschön mehr «Schweizer» Kinder gebären sollten. Auch hier kümmert sich Ecopop einen Deut um die Lebensrealität von Frauen und die Zwänge, denen sie ausgesetzt sind. Kurz, wenn die Zuwanderung ausbleibt, dann müssen die Frauen ran: Kinder gebären, ökologisch und biologisch nachhaltige Care-Arbeit leisten und gleichzeitig 100 Prozent berufstätig sein.

*Wie hätte denn eine ökologische Politik auszu- sehen – haben die Initiant*innen nicht etwa recht mit ihrer Einschätzung, dass der Ressourcen- und Energieverbrauch weltweit reduziert werden sollte?*

Mit der Überbevölkerungsformel schiebt Ecopop die Schuld an Ressourcenengpässen, Umweltverschmutzung und Klimawandel den Armen und den Migrant*innen

in die Schuhe und lenkt von den tatsächlichen Verursacher*innen ab. Dabei ist der durchschnittliche Ressourcenverbrauch in Entwicklungsländern minimal. Im Niger zum Beispiel beläuft sich der Pro-Kopf-Ausstoss an Emissionen jährlich auf gerade einmal 0,1 Tonnen CO₂. In der Schweiz ist die Belastung mit 5,4 Tonnen rund 54 Mal höher. Die versteckten Emissionen durch den Konsum von Importgütern nicht eingerechnet. Mit dieser reaktionären Sündenbockpolitik trägt Ecopop nichts zu einer ökologisch nachhaltigen Politik bei. Unter dem Ökomäntelchen legitimiert sie die westlich industrialisierte Lebensart und entlastet die mächtigen Konzerne von der Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zerstörung. Sie dient lediglich der Sicherung von Privilegien und der Besitzstandswahrung.

Die Umwelt- und Klimakrise kann nur mit globalen Massnahmen gelöst werden. Abschottung bringt da gar nichts. Zuallererst geht es darum, weltweit die verbleibenden Ressourcen so zu verteilen, dass neun Milliarden Menschen gut davon leben können.

Die feministischen «Frauenstimmen gegen den Krieg», bestehend aus Laura Zimmermann, Nina Schneider, Barbara Müller, Agnes Hohl und Regula Flury, beschäftigen sich seit 2001 mit Sicherheitspolitik und westlicher Legitimierung von Krieg und Unterdrückung. Anfang September veröffentlichten sie ein 15-seitiges Grundlagenpapier, das sich analytisch mit der Initiative befasst, sowie 10 feministische Kernargumente gegen Ecopop. Download unter: <http://crashkursmarxismus.blogspot.ch/2014/08/frauen-gegen-ecopop.html>

Kontakt: frauenstimmen@gmx.ch

Vorwärts mit Berechnung!

«Und täglich grüsst das Murmeltier.» So oder ähnlich dürften viele auf die Ecopop-Initiative reagiert haben. Dennoch lohnt sich ein Blick auf die historische Entwicklung der Konzepte und Argumentationsmuster, die ihr zu Grunde liegen. Denn so lassen sich Ecopop und die involvierten Köpfe politisch und ideologisch wunderbar verorten und ihre Überzeugungen gleichzeitig demaskieren.

Seit dem Erscheinen von Thomas Malthus' Abhandlung «Essay on the Principle of Population» (1798) hat sich der Begriff der Überbevölkerung als immer wieder von Neuem beschworenes apokalyptisches Drohszenario im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit festgesetzt. Ausgehend von der These, dass die Bevölkerung exponentiell wachse, während sich die Nahrungsmittelproduktion nur linear steigern lasse, prägte

Malthus hatte mit der Postulierung des Begriffs der Überbevölkerung das Terrain des Sagbaren erweitert und dadurch einer nüchtern kalkulierenden Logik von Vernichtung und Zerstörung den Weg geebnet.

Malthus das Konzept der Überbevölkerung, die die Menschheit zwangsläufig in Chaos und Elend stürzen werde. Als Gegenmassnahme propagierte er die Senkung der Geburtenrate durch Enthaltensamkeit oder späte Heirat. Vor allem rechnete er aber damit, dass sich die Zahl der Angehörigen unterer Klassen durch tödliche Krankheiten und Hungersnöte von selbst reduzieren würde – ein brutaler Vorgang, den viele seiner Nachfolger nicht mehr einfach den angeblichen Gesetzen der Natur überlassen wollten. Malthus hatte mit der Postulierung des Begriffs der Überbevölkerung das Terrain des Sagbaren erweitert und dadurch einer nüchtern kalkulierenden Logik von Vernichtung und Zerstörung den Weg geebnet. Durch die sozioökonomische Entwicklung haben sich in den letzten 200 Jahren laufend neue politische Strategien im sogenannten Kampf gegen die Überbevölkerung herausgebildet.

Die Ende des 18. Jahrhunderts von England ausgehende Industrielle Revolution führte zu einer weit um sich greifenden Etablierung der kapitalistischen Produktions-

weise mit ihren bekannten Effekten: Der Akzentuierung von zwei Klassen (Bourgeoisie und Proletariat) sowie dem Zwang zur Akkumulation und Profitmaximierung. Neben diesen sozialen und ökonomischen Entwicklungen verhalf die neue Produktionsweise auch einem neuen Weltbild zum Durchbruch, das die alte Ordnung von Gott und König in Frage stellte: Der Glaube an den göttlichen Willen, der die Welt und ihre Ordnung gestaltet, wurde durch eine materielle Betrachtung der Welt herausgefordert, gemäss derer komplexe Zusammenhänge nach dem Prinzip von Ursache und Wirkung zu verstehen und zu erklären waren.

Technokratie als Herrschaftsstrategie und Welterklärung

Eine spezifische Ausprägung dieser neuen Form des Denkens stellt dabei die Technokratie dar. Diese Betrachtung ist, wie schon der Begriff zeigt, mit Technik und Technologie verknüpft. Auch wenn es schwierig ist, eine allgemein gültige Definition des Begriffs zu geben, so lassen sich doch zwei wichtige Bedeutungsstränge herauschälen. Zum einen kann unter Technokratie die politische Herrschaft auf Basis wissenschaftlicher Autorität verstan-

den werden. Hierbei werden, wie in den Krisen der letzten Jahre geschehen, politische Entscheidungen unter Einbezug von Wissenschaftler*innen, Ingenieur*innen oder sonstigen «Expert*innen» oder gleich exklusiv durch diese getroffen. Eine zweite Interpretation des Begriffes bezieht sich weitergehend auf gesamtgesellschaftliche Denkweisen, welche sich durch eine technizistische Betrachtungsweise der Welt auszeichnen: die Technik wird dabei von den sozialen und ökonomischen Verhältnissen isoliert, die Technologien erst hervorbringen.

Ein bekannteres Beispiel der vergangenen Jahrzehnte für die Etablierung des technokratischen Dispositiv stellt die 1972 im Auftrag des Club of Rome veröffentlichte und von der Volkswagenstiftung mit einer Million Deutsche Mark finanzierte Studie «Die Grenzen des Wachstums» dar. Der Club of Rome wurde 1968 von Vertreter*innen des Kapitals und Politik wie etwa Aurelio Peccei, damaliges Mitglied der Firmenleitung von Fiat und Olivetti, Hugo Thierman, später Ingenieur bei Nestlé, oder

Ecopop ist sexistisch

Die Forderung der Initiant*innen der Initiative, 10 Prozent der schweizerischen Entwicklungshilfe in sogenannte freiwillige Familienplanungsprogramme zu stecken, zeugt von einer frauenverachtenden und sexistischen Einstellung. Die Initiant*innen verschweigen, dass diesen «freiwilligen» Familienplanungsprogrammen eine Geschichte von Druck und Zwang inhärent ist, die bis in die Gegenwart andauert. Sie verleugnen die verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen durch die Abgabe ungeeigneter Verhütungsmittel. Sie reduzieren Frauen auf bevölkerungspolitische Instrumente zum Zweck der Geburtenratenreduktion in armen Ländern. Armen Frauen wird die Fähigkeit abgesprochen, aus durchaus rationalen Gründen über die Anzahl Kinder entscheiden zu können. Gleichzeitig erlaubt dies der Verhütungsmittelindustrie, über den subventionierten Absatz von Verhütungsmitteln die Gebärfähigkeit von Frauen zu kapitalisieren.

Alexander King, Generaldirektor für Bildung und Wissenschaft der OECD gegründet. In «Die Grenzen des Wachstums» wurde von Wissenschaftler*innen diverser Eliteuniversitäten in aktualisierter Form fortgeschrieben, was schon Malthus zu propagieren versuchte: Hält das Wachstum der Weltbevölkerung ungehindert an, so stehen ab einem gewissen Zeitpunkt (diesen bezifferten die Autor*innen zum Zeit-

macht, das durch einen einfachen technischen Kunstgriff korrigiert werden soll. Ecopop beruft sich immer wieder auf den neutralen Standpunkt der Wissenschaft und «erklärt» die ökonomische und ökologische Zukunft des Planeten mit der Umweltwirkungsformel $I = PAT$ (vgl. «Die Formel und der Bergsee», S. 16). Mit dieser technokratischen Strategie verschleiern die Ecopopper*innen die rassistischen,

In dieser technokratischen Analyse werden komplexe gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Prozesse auf Ursache-Wirkungs-Mechanismen und ihre Regierbarkeit reduziert.

punkt der Veröffentlichung auf 100 Jahre) nicht mehr genügend natürliche Ressourcen zur Verfügung, um das momentane Verbrauchsniveau aufrechtzuerhalten. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurde die Studie zwar mehrfach korrigiert und um neue Daten ergänzt, die Kernaussage des Bevölkerungswachstums als Hauptgrund für die kommende Knappheitskatastrophe jedoch beibehalten.

«Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung...»¹

Die Studie des Club of Rome erhob den Anspruch, die globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Verhältnisse umfassend in Zahlen abzubilden und damit zukünftige Entwicklungen vorherzusagen zu können. Dabei stützten sich die Autor*innen auf rechnerbasierte Daten und Hochrechnungen sowie die Methode der Systemdynamik, deren ursprünglicher Anwendungszweck in der Analyse von Managementprozessen lag. In dieser technokratischen Analyse werden komplexe gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Prozesse auf Ursache-Wirkungs-Mechanismen und ihre Regierbarkeit reduziert. Vorhandene Ausbeutungs- und Diskriminierungsmuster werden als Naturgesetze verstanden und damit perpetuiert sowie politische Handlungsstrategien als scheinbar objektive und wertfreie Sachzwänge dargestellt.

In ihrer simplifizierten, in Zahlen ausgedrückten Darstellung der Welt kommen Fragen der Verteilung von Macht, Reichtum und Ressourcen nicht vor, weil sie schon gar nicht erst Teil der Fragestellung sind. Die Autor*innen von «Die Grenzen des Wachstums» wie auch andere Repräsentant*innen der Technokratie sind somit selbst Bestandteil der Erhaltung des kapitalistischen Normalvollzugs.

In einer dem Club of Rome ähnlichen Weise betrachten auch die Ecopopper*innen die Welt. Als Kernproblem wird das zu hohe Bevölkerungswachstum ausge-

antifeministischen, klassistischen und neokolonialen Grundtendenzen ihrer Initiative und stellen diese als menschenfreundlich und menschenrechtsbejahend dar.

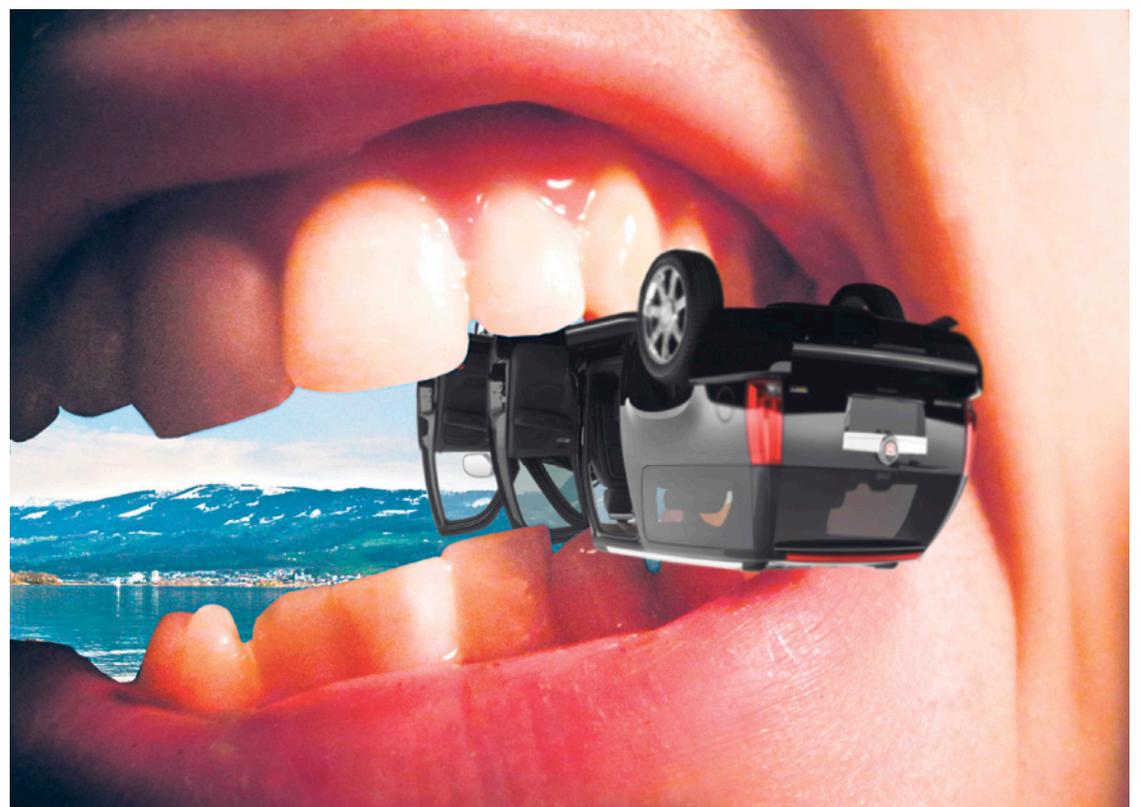
Wissenschaftlich neutral könnte auch die Haardichte pro Kopf in jedem europäischen Land berechnet und mit dem Durchschnittseinkommen verglichen werden – und so zum Schluss gekommen werden, dass Menschen mit Glatzen zu viel Sozialhilfe brauchen. Oder aber könnte auch das Einkommen der zehn reichsten Schweizer*innen zusammengerchnet werden und ...

1 Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Jørgen Randers & William W. Behrens III: «Die Grenzen des Wachstums», 1972.

Die Formel und der Bergsee

Mitten in der wunderschönen Natur der Schweizer Alpen liegt ein kleiner Bergsee. So weit man denken kann, lebten rund um dieses stille Gewässer Menschen. Seit Generationen leiteten sie ihr ungeklärtes Abwasser in den See, doch dessen natürliche Ökosysteme konnten das Wasser spielend reinigen und somit eine Veränderung der Umwelt verhindern. Eines Tages jedoch wurde die kritische Grenze von 500 Menschen überschritten. Das System des Sees wurde überbeansprucht und in kürzester Zeit war der See verseucht. Die Probleme nahmen ihren Lauf...¹

Eine in den 1970er-Jahren von den US-amerikanischen Forschern Paul R. Ehrlich und John Holdren entwickelte Formel stellt das Grundgerüst für die obige Geschichte bereit. Die Formel besagt, dass die Umweltwirkung I (impact) durch die drei Faktoren Bevölkerungsgröße P (population), durchschnittlicher Wohlstand A (affluence) und Technologie T (technology) bestimmt wird ($I = PAT$). Das von Ehrlich und Holdren postulierte Katastrophenszenario einer drohenden Überbevölkerung und der daraus resul-



tierenden Ressourcenverknappung und Hungersnöte bildete die ideologische Grundlage der Formel. Sie wurde zur Zauberformel der Ecopop-Initiant*innen und gilt ihnen als Rechtfertigung für bevölkerungspolitische Massnahmen. Ehrlich ist kein unbeschriebenes Blatt. Vielmehr ist er eine zentrale Figur der konservativen Umweltbewegung der USA, was sich in seiner Mitbegründung der US-amerikanischen Organisation Zero Population Growth (heute: Population Connection, vgl. «Stark und stolz wie ein Redwood-Baum», Seite 11) zeigt.

Umweltbelastung = Umweltbelastung

Obwohl auf den ersten Blick plausibel, ist die Formel bei genauerer Betrachtung in mehrerer Hinsicht falsch. Sie verdreht Tatsachen, wird zur politischen Rechtfertigung von Gewalt benutzt und ist daher – in sich und in Vertretung einer Denkweise – zu bekämpfen. Wird nämlich die Formel auf Ehrlichs Seebeispiel angewendet, zeigt sich schnell, warum die Formel mehrfach falsch ist:

I = Umweltwirkung = Umweltbelastung des Abwassers
 P = Bevölkerungsgrösse = 500 Personen
 A = Wohlstand = BIP pro Kopf
 T = Technologie = Umweltbelastung pro BIP

Nach dem Einsetzen ist schnell ersichtlich, dass die Rechnung um das BIP und die 500 Personen gekürzt werden kann (vgl. Formel unten). So ergibt sich die – zwar mathematisch korrekte, aber nichts ausagende – Folgerung Umweltbelastung = Umweltbelastung. Es handelt sich somit um eine Leerformel, eine Tautologie.

$$\text{Umweltbelastung des Abwasser} = \frac{500 \text{ Pers.}}{500 \text{ Pers.}} \times \frac{\text{BIP}}{\text{BIP}} \times \frac{\text{Umweltbelastung des Abwassers}}{\text{BIP}}$$

Obwohl die Formel bei Ehrlich und anderen Vertreter*innen dieses Denkens auch in abgeänderter Weise vorkommt, bleibt es letztendlich immer beim Gleichen, denn die Formel baut darauf auf, dass die Umweltbelastung durch die Bevölkerungsgrösse (=pro Kopf-Belastung) geteilt und dann wieder mit der Bevölkerungsgrösse multipliziert wird. Die Grösse der Bevölkerung spielt also schlicht keine Rolle. Oder wie Marcel Hänggi meint: «Statt P, A und T könnte man auch ganz andere Faktoren wählen – beispielsweise $I = M\Omega$, wobei M die Anzahl der Meerschweinchen wäre und Ω die Umweltwirkung pro Meerschweinchen.»²

Neben diesem mathematischen Flop geht die Formel zudem davon aus, dass die Faktoren alle unabhängig voneinander sind. Wird demnach P, A oder T gesenkt, hat das

auch eine Senkung von I zur Folge. Dies ist aber nicht automatisch der Fall. Denn die Senkung eines Faktors kann zur Erhöhung eines anderen führen. Wenn dabei I sogar steigt, spricht man in der Ökonomie vom Rebound-Effekt.

Um es mit dem Beispiel des Bergsees zu veranschaulichen: Kommt es nach Abwanderung von Bergsee-Bewohner*innen (P sinkt) zum Verkauf von Land an einzelne Personen, werden diese dadurch zu Grossgrundbesitzer*innen. Daraus folgt eine Veränderung der landwirtschaftlichen Anbauweise: Es werden vermehrt Landwirtschaftsmaschinen verwendet, deren Einsatz mehr Abwasser als bis anhin bedeutet (I steigt).

Nun könnte angebracht werden, dass es sich bei der Formel nur um ein Modell handelt, das nicht einfach mathematisch gekürzt werden darf. Doch auch real spielt die Anzahl der Menschen keine Rolle. Im See-Beispiel kommt es nämlich nicht darauf an, wie viele Menschen dort wohnen, sondern nur wie viel Abwasser in den See geschüttet wird. Würden alle halb so viel Abwasser in den See schütten, könnten plötzlich doppelt so viele Menschen da leben. Oder nehmen wir an, dass gar keine Menschen um den See wohnen. Stattdessen leitet eine Fabrik ihr Abwasser in den See, was allein zum Kollabieren des Ökosystems führt.

Die grundsätzliche Annahme der Formel, dass mehr Menschen zu mehr Verbrauch führen, ist also nur dann richtig, wenn davon ausgegangen wird, dass tatsächlich alle Menschen annähernd gleich viel verbrauchen. Eine solche gleichmässige Verteilung ist jedoch nicht gegeben, vielmehr sind es völlig ungleiche Verhältnisse, die heute herrschen. Einige wenige Menschen

haben einen sehr hohen Verbrauch, verbunden mit einer hohen Umweltbelastung – wohingegen die grosse Mehrheit der globalen Bevölkerung einen geringen Verbrauch hat. Dass die Formel trotzdem die gleichmässige Verteilung annimmt, wird durch die Verwendung des Durchschnitts-

wertes des Wohlstands deutlich. Würde die Formel die reale Verteilung abbilden, würde sofort ersichtlich, dass es nicht nur wichtig wäre, wie viele Menschen weggelassen werden, sondern auch, wer weggelassen wird.

Die Formel verschleiert Besitz- und Produktionsverhältnisse

An dieser Stelle wird zudem deutlich, wie gefährlich und falsch die Formel aus politischer Sichtweise ist: Sie verschleiert die Besitz- und Produktionsverhältnisse. Dass dies Verhältnisse sind, von denen die Befürworter*innen von Ecopop profitieren, erklärt ihren Eifer und das ökonomische Interesse. Tragender Bestandteil der Ecopop-Ideologie ist jedoch vor allem die ach so nüchtern-rationale Betrachtungsweise der Welt, die massive Eingriffe und strukturelle Gewalt legitimiert und als Sachzwänge darstellt (Vgl. «Vorwärts mit Berechnung», S. 15). Die Ecopopper*innen setzen sich dabei gerne als diejenigen in Szene, die endlich einmal das Kind beim Namen nennen, auch wenn es nicht gerne gehört wird. Sie geben den Tabubrecher im Namen der Natur, der Erde und der gesamten Menschheit.

I = PAT ist keine Formel zur Erklärung der Welt. Sie ist auch keine Anleitung zur Rettung der Menschheit. Sie dient lediglich der Legitimation massiver Gewalt und tiefer Eingriffen in das Leben anderer Menschen wie etwa Einwanderungsverbot und Vorschriften bei der Kinderanzahl. Ecopop sorgt sich nicht um Selbstbestimmung oder Menschenrechte. Wichtig sind nur ihre eigenen Rechte und ihr Eigentum.

1 Frei übersetzt und ergänzt nach Ehrlich, 1971:

«Five hundred people may be able to live around a lake and dump their raw sewage into the lake, and the natural systems of the lake will be able to break down the sewage and keep the lake from undergoing rapid ecological change. Five hundred and five people may overload the system and result in a 'polluted' or eutrophic lake.»

2 Marcel Hänggi: «I = PAT – Formel und Fetisch».

In: Balthasar Glättli, Pierre-Alain Niklaus: «Die unheimlichen Ökologen», Rotpunktverlag, 2014.

Würde die Formel die reale Verteilung abbilden, würde sofort ersichtlich, dass es nicht nur wichtig wäre, wie viele Menschen weggelassen werden, sondern auch, wer weggelassen wird.

Wer entwickelt wen und wieso eigentlich?

Was bedeutet «Entwicklungszusammenarbeit» (EZA)? Ist sie über alle Zweifel erhaben, und sind es nur die Ecopop-Initiant*innen, die sie für ihre rassistischen Zwecke missbrauchen wollen? Eine historische und politische Verortung der EZA.

von Dora Meier und Marianne Klopstock.

Im 17. Jahrhundert wurde der Begriff Entwicklung im Sinne von «auf- und auseinanderwickeln» gebraucht. Später bekam er immer mehr die Bedeutung von «sich entfalten». Seit den 1920er-Jahren wird der Begriff «entwickeln» als «sich stufenweise herausbilden» oder laut Duden im Jahr 1976 «in einem Prozess fortlaufend in eine neue (bessere) Phase treten» definiert.

Der Begriff «Entwicklungshilfe» entstand 1961 mit der Gründung der OECD (Organisation für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung), welche bis heute eine wichtige Koordinationsstelle zwischen den «Entwicklungsakteuren» der Länder des Nordens ist.

Während der Zeit der Kolonialherrschaften wurde «Entwicklungsfähigkeit» biologistisch an vermeintliche Rassen und sozialgeografisch an Weltregionen geknüpft. Mit Beginn der «Entwicklungspolitik und -hilfe» in den 1950/60er-Jahren wurde diese Einteilung der Welt übernommen, ohne dass jetzt noch von Rasse gesprochen wurde. Die Grundstruktur des kolonialen Diskurses, die Zweiteilung der Welt in zivilisiert und unzivilisiert, wurde beibehalten. Laut dem postkolonialen Theoretiker Aram Ziai bezog sich die Differenz in der Mitte des 20. Jahrhunderts auf entwickelt/

Entwicklung in der «Entwicklungszusammenarbeit»

In den 1960/70er-Jahren kam durch die Dependenztheorie erstmals grundlegende Kritik am Kapitalismus und den kolonialistischen Strukturen in die Diskussion um «Entwicklungszusammenarbeit». Geprägt von der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg, den vielzähligen anticolonialen und antidiktatorischen Befreiungskämpfen und linken Solidaritätsbewegungen, wurden bis in die 1980er-Jahre die Diskussionen um «Entwicklung» bis in die entwicklungspolitischen Institutionen hinein politisch geführt.

Mit dem Ende der Sowjetunion und der Denunzierung linker Theorie ist auch der entwicklungspolitische Mainstream in den 1990er-Jahren auf die neoliberale Linie eingeschwenkt: Das betriebswirtschaftliche Effizienz-Gebot wurde auf alle gesellschaftlichen Bereiche übertragen, der Abbau von staatlichen Aufgaben und Pflichten vorangetrieben, und an die Stelle sozialer Bewegungen trat eine finanziell abhängige «Zivilgesellschaft».

Die politischen Macht- und Interessenkonflikte wurden durch die angebliche Versachlichung von Problemen verschleiert. Armut, Kriege und Umweltzerstörung mutierten so zu Sachproblemen, die an runden Tischen zu lösen seien. Geführt von einer Heerschar bestens bezahlter EZA-Berater*innen, die den internen Diskurs der «Entwicklungszusammenarbeit» perfekt beherrschen.

Dass der weltweiten Armut nicht Sachinkompetenz und fehlender Goodwill zugrunde liegen, sondern Macht- und Interessengegensätze, welche politische Positionierung, solidarische Unterstützung von politischen Kämpfen gegen ungerechte Verteilung als Teil der Entwicklungszusammenarbeit erfordern, ist in dieser Logik fast nicht mehr denkbar.

Unterdessen wird nicht mehr geholfen, sich zu entwickeln, sondern es wird «zusammen an der Entwicklung» gearbeitet.

Entwicklungsfragen verschleiert und entpolitisiert. Es geht um Geld (Jahresbudget DEZA 2013: 2,96 Milliarden Franken), Rohstoffe (beispielsweise Wasser, Biodiversität), Wissen (beispielsweise über Heilpflanzen), Arbeitsplätze, Migrationsbekämpfung und Machterhaltung. Bei diesem Geschäft profitieren auch die lokalen Eliten in den «Entwicklungsländern».

Vieles ist gleich geblieben

Während massenhaft Ressourcen vom globalen Süden in den Norden fliessen, fliessen die Entwicklungsgelder vom globalen Norden in den Süden und werden dabei oft mit sogenannten poverty reduction strategy papers («Strategiepapiere zur Armutsreduktion») oder Strukturangepasstungsprogrammen an bestimmte Bedingungen geknüpft, während Länder an den Rändern Europas zur «Migrationssteuerung» (sprich Migrationsbekämpfung) angehalten werden, um so die Festung Europa effizienter abzuschotten. Es sind vorwiegend Weisse im globalen Norden, die im Namen von «Entwicklung» bewerten, verwalten, hierarchisieren, überwachen, normieren, technokratisieren, erheben und beforschen. Dabei gilt der weisse Norden unhinterfragt als fortschrittlich und entwickelt und die dazugehörenden Weltvorstellungen, Normen, «Demokratien», Ökonomien und Lebensweisen werden als rational und erstrebenswert angesehen. Entsprechend wird dem globalen Süden die Rolle des zu entwickelnden, rückständigen, ineffizienten, Probleme verursachenden, armen und überbevölkerten Teils der Welt zugedacht.

Genau diese neokoloniale und rassistische Überheblichkeit ist der Grund, weshalb eine Initiative wie diejenige von Ecopop, welche einem zutiefst rechten Gedanken gut entspringt, nicht die Abschaffung der Entwicklungszusammenarbeit per se fordert, sondern diese Gelder gut für ihre Zwecke zu nutzen weiss. Dass sie den Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Geblieben ist somit die ökonomische und technologische Machtasymmetrie sowie der Diskursimperialismus – das heisst, die Macht zu bestimmen, worüber wie gesprochen wird.

unterentwickelt und es wurde nicht mehr von Menschen, sondern von Regionen gesprochen; Minderwertigkeit war nicht mehr biologisch, sondern historisch begründet, jedoch immer noch im globalen Süden verortet. Referenzpunkt blieb und bleibt die westliche «entwickelte» Industriegesellschaft beziehungsweise der reiche weisse Mann. So konnten – und können heute nach wie vor – die rassistischen und (neo)kolonialen Strukturen im Hintergrund unkritisch weiterarbeiten.

Die Rede ist heute von Nachhaltigkeit, Empowerment und Partizipation. Partizipieren bedeutet das Recht, teilzunehmen an der eigenen Entwicklung, niemals aber, diese selbst zu definieren und zu bestimmen. Geblieben ist somit die ökonomische und technologische Machtasymmetrie sowie der Diskursimperialismus – das heisst, die Macht zu bestimmen, worüber wie gesprochen wird.

So werden in der «Entwicklungszusammenarbeit» die Macht- und die Vertei-

lungswerte keineswegs sprengt, zeigt sich etwa daran, dass sich das Gros der Hilfswerke dazu genötigt sieht, darauf zu verweisen, dass man sehr wohl bereits effektiv die Familienplanung fördert.

«Entwicklungszusammenarbeit» und die Ecopop-Initiative

Die Ecopop-Initiative wird von allen schweizerischen Hilfswerken und NGOs, die Stellung bezogen haben, abgelehnt.



Hauptkritikpunkt ist die platte Forderung der «Familienplanung in Entwicklungsländern». So schreiben sowohl Solidar Suisse als auch Caritas Schweiz, dass «Familienplanung» ohne gezielte Investition in Bildung, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung für eine nachhaltige Armutsbekämpfung nicht taugt. Dieses Argument mag stimmen. Jedoch bleibt bei dieser Argumentation die Grundannahme bestehen, dass es eine Überbevölkerung gibt und dass diese in den armen Ländern des Südens zu verorten ist – und dass sie eine Hauptursache für Armut bildet.

Auch wenn in der Medienmitteilung vom 28. August und dem Positionspapier der Dachorganisation Alliance Sud gegen die Ecopop-Initiative das Paradigma der «Überbevölkerung» hinterfragt wird, so bleiben die Stellungnahmen der einzelnen Organisationen und deren Projektbeispiele für eine Nachhaltige Familienplanung trotzdem in der Sprache der Ecopop-Initiative verfangen. Helvetas beispielsweise schreibt zu ihrem Projekt in Burkina Faso, es gehe darum, die strukturellen Ursachen

des Bevölkerungsproblems zu erkennen und anzugehen.

Im Positionspapier von Caritas Schweiz vom August 2013 werden über Seiten hinweg Zahlen und Statistiken aufgelistet um das «Problem der Überbevölkerung» zu illustrieren. So schreibt Caritas Schweiz in ihrem Positionspapier unter dem Titel «Herausforderung Afrika»: «Heute weisen die afrikanischen Länder südlich der Sahara mit durchschnittlich 2,53 Prozent tatsächlich eine übermässige Wachstumsrate auf.» Rein der malthusianische Sprachgebrauch macht die rassistische Überheblichkeit deutlich, mit der über die «Überbevölkerung» gesprochen wird. Worauf basiert die Annahme, dass diese Wachstumsrate «übermässig» ist? Wer bestimmt, welche und wessen Wachstumsrate angemessen ist? Caritas Schweiz schreibt weiter unten: «Denn die Bevölkerungsdichte Afrikas liegt durchschnittlich bei gerade einmal 28 Personen pro Quadratkilometer, deutlich tiefer als der weltweite Durchschnitt (53 Personen).» Trotz tiefer Bevölkerungsdichte scheint Afrika in diesem Zusammenhang aber die «Herausforderung» zu

sein. Hier folgen die Hilfswerke genau der Argumentationslinie der Ecopop-Initiative, gegen die sie anzuschreiben versuchen: Dass es eine Überbevölkerung gebe, und dass diese in den «Entwicklungsländern» zu verorten und zu bekämpfen sei. Dabei wird auf die altbekannten Dichotomien des kolonialen Diskurses zurückgegriffen – auf die Unterteilung in eine zivilisierte, mit Wissen, Definitionsmacht und Lösungsstrategien ausgestattete Gruppe von Menschen und in eine unzügelte, (Bevölkerungs-)Probleme verursachende Gruppe.

Schuldiger schwarzer Frauenkörper

Auch wenn Caritas Schweiz eine komplexe Verknüpfung von Armut, der Stellung der Frau und Bevölkerungswachstum sieht, wird bei der Stellungnahme doch ausschliesslich mit der statistischen Grösse der Fertilitätsrate der Frau operiert. Unausgesprochen stehen so die Frauen im globalen Süden für diese die «Bevölkerungsprobleme» verursachenden Menschen. Denn Überbevölkerung wird stets

mit Fertilitätsrate gleichgesetzt, also mit der Fruchtbarkeit der Frau. Wenn Frauen südlich der Sahara eine «grosse Fertilitätsrate» aufweisen, wird indirekt der Körper der (schwarzen) Frau als Ursache allen Übels hingestellt. Dabei wird von der Norm der westeuropäischen Frau ausgegangen, die im Durchschnitt 1,59 Kinder hat (um im technokratischen Deutsch der Statistiker*innen zu sprechen). Mit höchstens 2 Kindern kann sie nach wie vor die Doppelrolle von unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit und meist unterbezahlter Teilzeitarbeit erfüllen. Weniger Kinder zu haben scheint also nicht nur «bevölkerungstechnisch» von Vorteil zu sein, sondern auch für das Bruttoinlandprodukt eines Landes, welches ebenfalls Beweis für die «Entwicklungsstufe» eines Landes ist. Ganz davon abgesehen, dass Familienplanung nicht per se Bevölkerungskontrolle sein muss, sondern ein Element der Selbstbestimmung sein kann. So schreibt Alliance Sud: «Schliesslich stellt sich die Frage, wer über die Geburtenrate entscheiden soll – die Frauen selbst oder «übergeordnete» Instanzen wie die Uno oder nationale Regierungen?» Im Positionspapier von Alliance Sud werden durchaus auch strukturelle Ungleichheiten im Hinblick auf die Verursacher der Umweltzerstörung benannt: «Die Initianten unterschlagen die krassen Ungleichheiten im Konsum zwischen den reichen und den armen Ländern. Die hohen Einkommen der einen Milliarde Menschen, die in den Industrieländern leben, sind der ausschlaggebende Faktor für die schleichende Umweltzerstörung.»

Teilweises öffentliches Schweigen

Zugleich wird der zweite Bestandteil der Initiative – die Beschränkung der Einwanderung in die Schweiz – wenig aufgegriffen in den Stellungnahmen der Hilfswerke der EZA. Bezeichnenderweise – denn dieser Zusammenhang ist hochpolitisch und konfliktiv: Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten und aus wirtschaftlich sehr schwierigen, perspektivlosen Situationen riskieren ihr Leben, um das Mittelmeer zu überqueren. Während die internationale Hilfs-Maschinerie syrische Flüchtlinge in Flüchtlingslagern unter schwierigen Bedingungen unterstützt, ertönen kaum Forderungen von Hilfswerken nach Öffnung der Grenzen Europas für Flüchtlinge. Ganz zu schweigen davon, dass in einer globalisierten Welt, in welcher die Arbeitsmigration legitime und notwendige Bewegungen von Menschen darstellt, der freie, legale Zugang zu den Arbeits- und Ressourcenmärkten der reicheren Länder zu fordern wäre. Stattdessen werden staatliche Mittel der EZA an Migrationskontrolle in Ländern Nordafrikas geknüpft – ohne dass es eine nennenswerte öffentliche Kri-

tik aus den Reihen der NGOs daran gäbe. Weil man sich den Fragen nach den Zusammenhängen der Migration mit weltweit ungerechter Verteilung nicht öffentlich stellt, bleiben die Kritik und Ablehnung der Ecopop-Initiative im (unterschwellig) neokolonialen und rassistischen Hegemonialdiskurs über Bevölkerung und Migration verhangen.

Verwendete Texte:

- Alliance Sud: «Ja zu nachhaltiger Entwicklung – Nein zu Ecopop.» Entwicklungsorganisationen gegen Ecopop-Initiative. Medienmitteilung vom 28.8.2014
- Aram Ziai: «Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs.» In: iz3w, Nr. 276.
- Bendix, Daniel: «Entwicklung/entwickeln/Entwicklungshilfe/Entwicklungspolitik/Entwicklungsland.» In: Arndt, Susan und Ofuatay-Alazard, Nadja (Hg.): «Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk», Münster 2011, 272-278.
- Caritas Schweiz: «Bevölkerungspolitik auf Irrwegen. Caritas zur Initiative «Stopp der Überbevölkerung» von Ecopop.» Caritas-Positionspapier, August 2013.
- Helvetas: «Projektbeschreibungen der Alliance Sud Träger- und Partnerorganisationen» zur Medienmitteilung vom 28.8.2014
- Solidar Suisse: Resolution der Generalversammlung Solidar Suisse, 3. Juni 2014

Dora Meier und Marianne Klopstock sind in feministischen Projekten und der Solidaritätsarbeit tätig.

Postkolonial

Nachhaltige Prägung der globalen Situation durch Kolonialismus, Dekolonisierung und neokolonialistische Tendenzen. Das Präfix «post» bezieht sich jedoch nicht einfach temporal auf die Zeit nach der Auflösung der Kolonialreiche, sondern verweist auf das Weiterwirken kolonialistischer Strukturen in neuen, insbesondere kulturellen Formen. So spielen zum einen für die Konstitution europäischer Subjektivitäten und nationaler Identitäten die Abgrenzung vom kolonialen «Anderen», aber auch seine Vereinnahmung und Instrumentalisierung noch heute eine grundlegende Rolle. Zum anderen erleben selbst jüngere Mitglieder postmigrantischer Gemeinschaften in Europa, die die Kolonialzeit nicht mehr selbst erlebt haben, dass sie mit rassistischen Symbolen und Ausschlusspraktiken konfrontiert werden, die aus der Kolonialzeit stammen. Diese Erfahrungen verbinden sich mit neuen Erfahrungen, wie etwa der Zugehörigkeit zu mehreren Kulturen und Nationen einerseits und mehrfacher Diskriminierung andererseits, zu neuen Lebensrealitäten der postmigrantischen Gesellschaft. Hierin ist ein wesentlicher Unterschied zum Begriff des Neokolonialismus zu verorten: Während dieser zumindest in seiner ursprünglichen Bedeutung ein ökonomisches Konzept darstellte sowie die neuen Aspekte eines «Kolonialismus nach der Dekolonisation» betont, stehen in postkolonialen Theorien die visuellen und diskursiven Repräsentationen, vor allem mit Bezug auf die Kontinuität von Rassismen und Ethnozentrismen, im Vordergrund.

Das Märchen vom natürlichen Gleichgewicht

Ein Interview mit Balthasar Glättli über Ecopops krude Verknüpfung von Wissenschaft, Ökologie und «Überbevölkerung» und deren Anschlussfähigkeit für Ökobewusste. von Sepp Déjacque

Déjacque: Wie erklärst du dir, dass immer wieder auch linke Menschen an der Idee mitarbeiten, es gäbe in der Gegenwart oder zumindest in der Zukunft ein Zuviel an Menschen auf dieser Welt?

Glättli: Der Link für diese Mitarbeit und auch die Art und Weise, wie dieser Diskurs in linke und fortschrittliche Kreise Einzug halten konnte, ging über die Umweltschutzbewegung vor allem in den USA. Diese verband die Umweltverschmutzung mit der Anzahl von Menschen (vgl. «Stark und stolz wie ein Redwood-Baum», S. 11). Der bekannte Schmetterlingsforscher Paul R. Ehrlich brachte diese Verbindung mit folgendem Zitat banal und falsch auf den Punkt: «Zu viele Fabriken, zu viele Abwasser, zu viele zerstörte Biotope, all das lässt sich auf eine einfache Ursache zurückführen: zu viele Menschen.» Das galt damals auch bei vielen linken Menschen als Allgemeinwissen. Die ganze Debatte über das Wachstum und die Grenzen des Wachstums war sehr ambivalent.

Wir müssen uns vorstellen, dass das zu einer Zeit war, als der ganze technische Umweltschutz noch nicht existierte. Die Fabriken leiteten Abgase und Abwasser ungefiltert in die Natur, es gab kein Konzept, wie man Abfall trennt und wiederverwendet. Das war wirklich eine Wegwerf-, Verschwendungs- und Verschmutzungsindustrialisierung; eine kapitalistische Entwicklung, die Wohlstand für alle Menschen versprach.

In der Schweiz waren die ersten offiziellen Bewegungen, die sich im politischen Sinne dem Umweltschutz verschrieben haben, vor allem mitte-bürgerliche Gruppierungen. Die Grünen der Schweiz haben also bürgerliche Wurzeln, grenzten sich aber immer gegen Rechts aus ab. Das im Gegensatz zu den Grünen in Deutschland, die ganz zu Beginn eine bunte Allianz von ganz links bis Altnazis waren.

Ecopop weicht sozialen Fragen und der Benennung von Machtverhältnissen aus. Ist das der Grund, weshalb ein Teil der Grünen für Ecopop Sympathien hat?

Entgegen meinen Befürchtungen engagieren sich wenig Grüne aktiv bei Ecopop. Gemäss ersten Umfragen ist auch bei Grünen-Wähler*innen die Unterstützung klein. Die soziale Frage ist bei den Grünen durchaus präsent. Ich merke sogar, dass der kolonialistische Aspekt der Initiative von Ecopop noch stärker zu Widerständen führt, als die Frage, ob die Einwanderung etwas gedrosselt werden sollte. Bei dieser Frage wird die Methode von Ecopop als diskriminierend kritisiert. Eine Wirtschaftspolitik hingegen, die darauf abzielt, möglichst viel Kapital und Menschen ins Land zu bringen, wird nicht als Politik der Grünen angeschaut. Es gibt in der grünen Bewegung verschiedene Denkmuster, die sehr gut mit Ecopop in Verbindung zu bringen sind. Das erste ist die unhinterfragte Stellung der sogenannten Wissenschaftlichkeit. Wenn ich mit eigentlich klugen Leuten von Ecopop spreche, dann verweisen sie immer darauf, sie hätten ja nichts gegen bestimmte Menschen, aber die Formeln und Zahlen sagten halt, dass es zu viele Menschen gäbe. Die Wissenschaft wird von Ecopop als neue Religion betrachtet, die nicht hinterfragt wird bezüglich ihrer gesellschaftlichen Hintergründe und Auswirkungen. Das zweite ist der Begriff der Natur. Mit dem Begriff der Natur findet etwas Ähnliches statt wie mit dem des Rassismus. Wenn ich Rassismus analysiere, sehe ich drei Aspekte:

Erstens: Die Rasse ist eine natürliche Unterscheidung.

Zweitens: Die rassische Unterscheidung muss gemacht werden, um eine natürliche Ordnung hinzukriegen.

Drittens: Die Herstellung dieses Unterschiedes wird als natürlich dargestellt.

Entsprechende Denkfiguren erkenne ich oft, wenn von Umwelt gesprochen wird:

Erstens: Die Umwelt rechtfertigt sich aus sich selbst heraus, die ist eben natürlich.

Zweitens: Man muss das natürliche Gleichgewicht wiederherstellen.

Drittens: Es ist natürlich, dass man das natürliche Gleichgewicht wiederherstellt.

Das ist einfach absurd. Entweder gibt es ein tatsächlich natürliches Gleichgewicht und dann stellt sich dieses selbst wieder her – sonst ist es kein natürliches Gleichgewicht. Die Idee eines natürlichen Gleichgewichtes gewinnt erst dann an Bedeutung, wenn wir in Grenzen denken: einerseits in geografischen Grenzen, andererseits in Grenzen zwischen der natürlichen Natur und dem Menschen oder der Gesellschaft. Das Einzige, was dann ein Biotop aus dem natürlichen Gleichgewicht bringen kann, muss etwas Fremdes sein. Entweder etwas geografisch Fremdes oder etwas der Natur Fremdes, Entwachsenes – wie der Mensch. Daraus lässt sich eine menschenfeindliche Politik ableiten.

Ich verstehe die Kritik am Bild, dass der Mensch die Krone der Schöpfung sei. Aber wenn diese Kritik einigen Menschen gleichzeitig die Rolle zuweist, dass sie andere an der Fortpflanzung hindert, in der radikalsten Form gar ausrotten will, um eine «ursprüngliche Natur» zu schützen, dann wird diese Kritik pervertiert.

Nach Einreichung der Ecopop-Initiative wurde diese auch als ökofaschistisch bezeichnet. Wie hältst du es mit dem Begriff Ökofaschismus?

Die Initiative hat eher mit Rassismus zu tun, mit rassistischen Figuren. Spannend ist ja, woher dieses Denken überhaupt

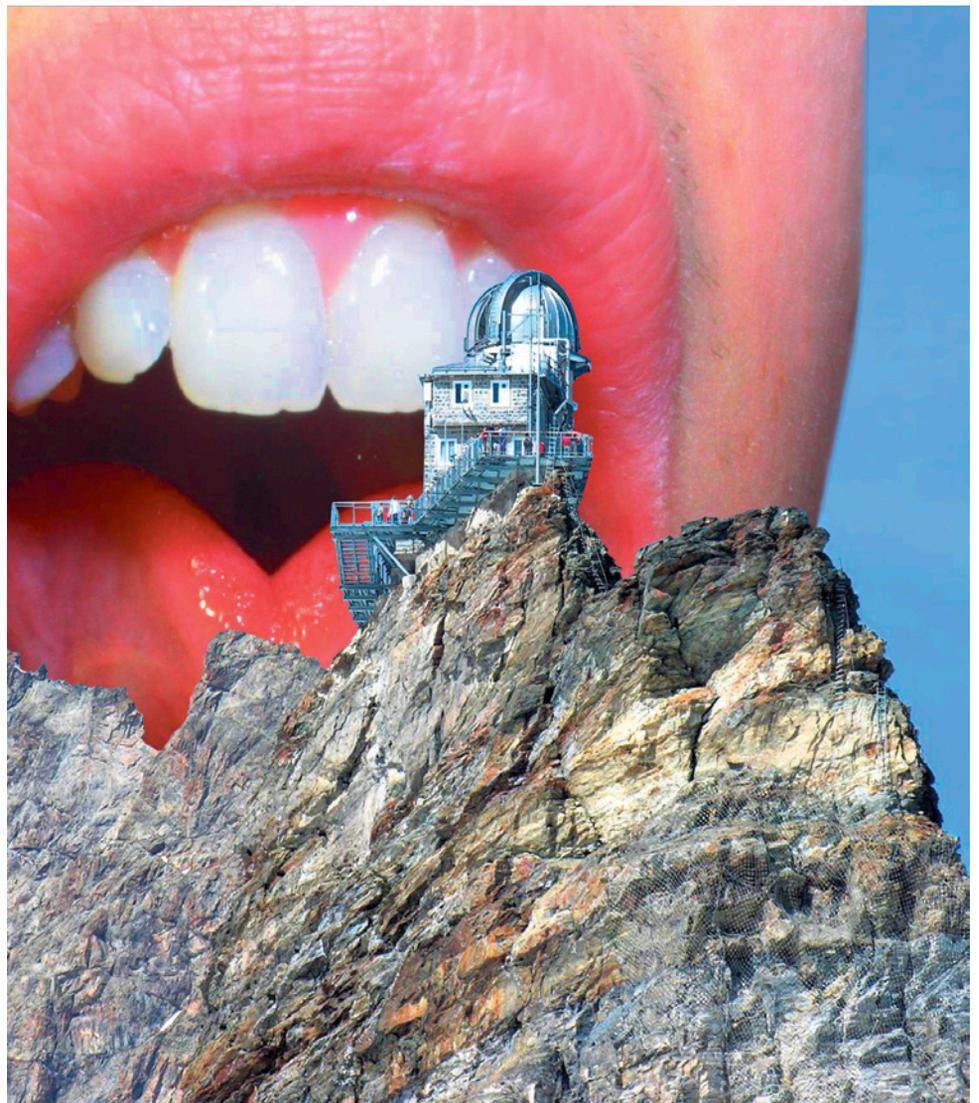
Der letzte Ort, wo diese «Zucht» nach dem Zweiten Weltkrieg noch offen deklariert, gelebt und politisch praktiziert wurde, war das sozialdemokratische Schweden.

Das Ideal von Ecopop scheint mir eine gut geordnete, ständische Gesellschaft zu sein. Das ist natürlich noch nicht zwingend faschistisch, sondern letztlich eine konservative, antiemanzipatorische und antiliberalen Grundhaltung. Dazu kommt der Herbeizug der Natur zur Erklärung gesellschaftlicher Verhaltensweisen. Man nimmt dann soziophobe Erdhörnchen, die Tupajas, die sich gegenseitig zu Tode beißen, wenn sie nicht ganz alleine sind

Ecopop schafft es, die Nation ökologisch zu begründen. Das ist ein Angebot, das es bis jetzt nicht gab.

kommt. Da gibt es offensichtliche Wurzeln bei Malthus und Darwin. Bei den Recherchen für unser Buch war erschreckend, wie eugenisches Denken auch in sozialistischen und fortschrittlichen Kreisen Ende des vorletzten, Anfang des letzten Jahrhunderts verwurzelt war. So die Idee, wir müssten den neuen Menschen züchten.

und konstruiert daraus die Figur eines natürlichen «Dichtestresses» von Menschen. Begriffe wie Dichtestress und Dichte gehören heute zum journalistischen Tageswerk. Dabei könnten wir auch den Ameisenstaat nehmen oder, wie das notabene einige Faschisten gemacht haben, den Termitenstaat als Vorbild für die menschliche



Gesellschaft. Weshalb jetzt Tupajas und nicht Katzen, Löwen, Bonobo-Affen, Mäuse oder Regenwürmer als Vorbild? Da wird diese sogenannte Wissenschaftlichkeit und Natürlichkeit in einer Banalität entlarvt, die erschreckend ist. Und dennoch wird das auch von intelligenten Leuten, Professorinnen und Professoren unhinterfragt übernommen!

Warum zieht Ecopop so stark?

Ecopop schafft es einerseits, die Nation ökologisch zu begründen. Das ist ein Angebot, das es bis jetzt nicht gab. Andererseits zieht Ecopop aktuell, weil sie ihre vorherige klare formelle Distanzierung von allem Rassismus und der Fremdenfeind-

Die exponentiellen Wachstumskurven verschwinden im unheimlichen Nichts. Woher kommt die Faszination für apokalyptische Weltuntergangsszenarien?

Die klassischen Naturschutzbewegungen argumentieren weniger mit apokalyptischen Momenten. Aber die Umweltbewegung, ob links oder rechts, liebt die Figur der Apokalypse. Diese exponentiellen Wachstumskurven kennen wir vom Biologieunterricht. Ökologen vermischen diese Tatsache mit politischen und gesellschaftlichen Diskursen. Die moderne Ökologiebewegung hat nicht nur die Tradition des apokalyptischen Diskurses begründet, sondern auch eine Tradition der unsichtbaren Gefahr, die so weit an-

umorganisiert und umbenannt in Planned Parenthood Federation of America [PPFA, grosse amerikanische NPO, deren zentrales Anliegen die Familienplanung ist, Anm. d. Red.].

Zu den Fakten: Vergleichen wir die Geburtenrate verschiedener Länder in den 60er-Jahren und heute, so ist sie überall stark gesunken. Sei das in Ländern mit aktiver Familienplanung, sei es unter Zwang, wie in China, oder «freiwillig», wie in Indien, aber auch in Ländern mit einer pronatalistischen Politik wie Brasilien. Wenn wir anschauen, wie die UNO in den 60ern dazu kam, Familienplanungspolitik zu betreiben, dann kam der Anstoss von einem Netzwerk von Eugeniker*innen, die sich durch den Zweiten Weltkrieg gerettet hatten und ein neues Betätigungsfeld finden mussten. Sie haben sich in all den Stiftungen, USAID [US-Behörde für internationale Entwicklung, Anm. d. Red.], staatlichen Entwicklungshilfen und dann in den neugeschaffenen UNO-Institutionen ausgebreitet. Die Motivation war damals nicht zuletzt der Kampf gegen den Kommunismus.

Die Forderung von Ecopop ist neokolonialistisch. Man kann nicht im Kontext eines globalen neoliberalen Ausbeutungsregimes auf eine Freiwilligkeit verweisen und dann so tun, wie wenn die Menschen nicht in ihren Abhängigkeiten und Zwängen drin wären. Ecopop konstruiert einerseits die Frauen im Trikont als Opfer, denen wir helfen müssen. Andererseits sagen sie, wenn wir diesen Frauen Verhütungsmittel in die Hand drücken, dann werden aus diesen unterdrückten Wesen plötzlich selbstbestimmte Frauen. Ich habe den Verdacht, dass es bei all diesen Anstrengungen, die heute gemacht werden, beispielsweise von der Bill Gates Foundation, darum geht, eine produktivere Bevölkerungsstruktur hinzuzüchten und die Überflüssigen, die nicht verwertbar sind und nur noch als kleine Ausgaben bei irgendwelchen Hungerhilfen auftauchen, gar nicht erst entstehen zu lassen. Ich finde aber, wir müssen gegen die Armut kämpfen und gegen die Ausbeutung, die sie erzeugt – und nicht gegen die Armen.

Balthasar Glättli (*1972) ist Nationalrat der Grünen Partei Schweiz und Vize-Präsident des schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes. Er ist Co-Autor des kürzlich erschienenen Buchs, das die historischen, politischen und weltanschaulichen Hintergründe der Ecopop-Initiative beleuchtet: Balthasar Glättli und Pierre-Alain Niklaus: «Die unheimlichen Ökologen. Sind zu viele Menschen das Problem?». Rotpunktverlag. Zürich 2014.

Sepp Déjacque ist Biobauer und Sendungsmacher bei Radio LoRa.

Die Wissenschaft wird von Ecopop als neue Religion betrachtet, die nicht hinterfragt wird.

lichkeit aufgegeben hat. Ecopop hat ihre Initiative fast nicht zustande gebracht. Sie haben drei Monate vor Eingabefrist eine Generalversammlung abgehalten, wo sie ernsthaft über den Abbruch der Unterschriftensammlung diskutierten. Sie waren etwa bei 60-70 000 Unterschriften. 100 000 gültige Unterschriften erhielten sie nur, weil sie für den Schlusspurt tatkräftige Unterstützung von der AUNS, der Schweizerzeit von Ulrich Schlüter und den Schweizer Demokraten suchten und fanden. Im Gegenzug kritisierte Ecopop 2013 ganz explizit die National- und Ständeratsmehrheiten gegen die SVP-Masseneinwanderungsinitiative und begrüßten den behandelnden Volksentscheid vom 9. Februar 2014.

wächst, bis der Umschlagpunkt kommt, wenn es beispielsweise um das Umschlagen von überdüngten Seen geht: Wenn wir es sehen, ist es schon zu spät. Wenn das Böse und Bedrohliche unsichtbar kommt, dann sind rauchende Fabrikschlote schon fast eine Freude, weil man dort den Dreck sieht. Die gleiche Frage stellen Ecopop-Anhänger*innen nun bei der sogenannten «Überfremdung». Wie viele können wir noch aufnehmen? Bis es nicht mehr funktioniert. Wir sind ja nicht fremdenfeindlich, wir haben nichts gegen die Ausländer, es ist auch toll, wenn es ein paar Ausländer gibt, aber wenn dann die Aufnahmefähigkeit erschöpft ist ... Das ist wie bereits erwähnt die dritte Erscheinungsform von Rassismus. Es wird nicht zwingend behauptet, die eine Rasse sei besser als die andere, aber die Abgrenzung einer bestimmten Gruppe von allen andern wird als Naturgesetz gerechtfertigt.

Ecopop möchte mit einer sogenannten freiwilligen Familienplanung im Süden das weltweite Bevölkerungswachstum eindämmen und behauptet, diese Forderung sei emanzipatorisch als Beitrag für die Selbstbestimmung der Frauen im Trikont gemeint und deshalb nicht neokolonialistisch. Warum ist sie es trotzdem?

Familienplanung hiess ursprünglich Geburtenkontrolle, ein Begriff, den die US-amerikanische Sozialistin Margaret Sanger anfangs des 20. Jahrhunderts entworfen hat. Sie war denn auch Präsidentin der American Birth Control League (ABCL) und vehemente Eugenikerin: «Gute» Gene sollen weitervererbt, «schlechte» Gene ausgemerzt werden. Ihr eugenisches Programm nannte sie Geburtenkontrolle, um mit diesem neutral wirkenden Begriff die grösstmögliche Anschlussfähigkeit zu erreichen. Der ebenfalls erwogene Name «Race Control» wäre PR-mässig wohl schlechter gewesen. 1942 wurde die ABCL

Ecopop entspricht einer reaktionären, nationalistischen Ideologie

Implizit wird in der Initiative und den Erläuterungstexten durchgehend das Bild eines «bedrohten Volkes» konstruiert. Ecopop hütet sich zwar, explizit vom Schweizer Volk zu reden, sondern bemüht als vereinheitlichende Klammer ein bestimmtes Gebiet – die Schweiz. «Unser Land» wird als eine bedrohte Einheit dargestellt, in der alle die gleichen Bedürfnisse haben und deshalb gleichermassen für die Verschwendung von Ressourcen und den Raubbau an der Natur verantwortlich sind; wo alle vom «Dichtestress» und der drohenden ökologischen Katastrophe gleich betroffen sind und sich deshalb auch alle im Kampf gegen die ökologische Katastrophe hinter der Initiative zusammenfinden sollen. Ausgeblendet werden Unterschiede in der Verteilung von Rechten, Mitteln und Chancen, bedingt durch vielfältigste Herrschaftsverhältnisse. Nicht thematisiert werden die Einkommens- und Vermögensunterschiede und Unterschiede im Zugang zu Macht, sowie Klassengegensätze und Geschlechterfragen. Eine derartige Konstruktion von einem einheitlichen Volk basiert auf einer reaktionären, nationalistischen Ideologie und operiert scharf an der Grenze zu faschistischem, «völkischem» Denken. Sie verhindert, dass die wirklichen Verursacher*innen ökologischer Katastrophen zur Verantwortung gezogen werden.

ANZEIGE

KASAMA
 café trinken, heftli lesen und an der revolution rumbasteln.
 infoladen kasama
 militärstrasse 87a 8004 zürich www.kasama.ch



Die Weinoase im Kreis 5
 Languedoc-Roussillon | Bioweine
 alte Rebsorten | Winzerinnenweine

Weinhandlung

Maria Bühler
 dipl. Ing. HTL Weinbau
 Ackerstrasse 53
 8005 Zürich
 T+F 044 272 38 30
 www.buehlerweine.ch



CHORNLADE
 bio, fair & ökologisch
 Seit kurzem Stereo!

Kreis 5
 Genossenschaft & Laden Limmatplatz:
 Fierzgasse 16
 MO-FR: 9-18.30
 SA: 9-17
 T/044 271 70 97
 info@chornlade.ch



Kreis 3
 Laden Idaplatz:
 Zurlindenstrasse 211
 MO-FR: 9-19.30
 SA: 9-17
 T/044 450 70 17
 info_idaplatz@chornlade.ch

VOLKSHAUS
 CAFE BAR RESTAURANT ZÜRICH
 GEGR. 1910



Dieses Inserat hat Sarah Eicher gestaltet.

Sarah Eicher arbeitet für die Werbeagentur Leo Burnett und ist wie die meisten PolygrafInnen eine ziemliche «Tüpfliச்சிisserin», das sagt sie zumindest selbst. Doch was für den Beruf gilt, stimmt nicht für daheim: In ihrer WG sei es nämlich recht «siffig». Wenn Eicher Zeitung liest, fallen ihr Sachen auf, die eine normale Leserin niemals sehen würde. Immer wieder wird geschlampt bei den Worttrennungen und beim Layout. Das Design der WOZ findet sie übrigens irgendwie schlau und plakativ gleichzeitig. Wenn sie eine Werbung für China gestaltet, muss sie diese zuerst der dortigen Zensurbehörde schicken. Es nervt sie, dass sie nicht weiss, was die herausgestrichenen Schriftzeichen bedeuten. Den ganzen Artikel über Sarah Eicher gibts auf woz.ch/wozrecherchiert.



Recherchiert bis ins Detail. Sogar unsere Werbung.

Café Zähringer

kollektiv
 unkonventionell
 bewusst
 personal
 bio/veg
 vegan
 regional
 offen
 selbstbestimmt
 Essen
 Leben
 Arbeiten

Zähringerplatz 11 Zürich
 www.cafe-zaehringer.ch



Gemüse Kräuter
 Beeren Wein
 Blumen

Wirtschaft gestalten.
 Abos frei ab Januar.

Markt überwinden.
 solidarisch - selbstverwaltet - lokal - kooperativ

www.ortoloco.ch



DIE ANTIDOT-HERAUSGEBER*INNEN ZEIGEN EINEN FILM ZUM MYTHOS ÜBERBEVÖLKERUNG // MIT ANSCHLIESSENDER DISKUSSION

POPULATION

BOOM!

«...der neugierige Dokumentarist Werner Boote untersucht für Population Boom ein jahrzehntelang festgefahrenes Weltbild. Für ihn stellt sich eine völlig andere Frage: Wer oder was treibt dieses Katastrophenszenario an?»

SAMSTAG 15.11. 13:00 UHR
IN ANWESENHEIT DES REGISSEURS (ANGEFRAGT)
KINO XENIX, ZÜRICH



ANZEIGE



Das Konzeptbüro der Roten Fabrik präsentiert



DO 23.10 // 20:00

Aus der Reihe "Film in Bewegung"
FARID - ZÜRICH ODER IRGENDWO

Doku, CH 2013, Regie/Script: Pino Esposito, 87 min., dt.OF

Am Rande der Gesellschaft: Sans Papiers, Clochards, Prostituierte.
Züricher Film Premiere mit Regisseur Pino Esposito und Mitwirkenden.

DO 6.11. // 19:45

Aus der Reihe "Nebenrolle: Natur!"
PROMISED LAND

Fiction, USA 2012, Regie: Gus Van Sant, 106 min., OmU

Ein brisanter Film über das Fracking und dessen Auswirkungen auf Mensch und Natur von einem der engagiertesten US-Regisseure.

FR 14.11 // 20:30

Stummfilm - Live - Vertonung
DIE WEBER

Fiction, D 1927, Regie: Friedrich Zelnik, 93 min., Livekonzert

Die aufregende Neuentdeckung des hochaktuellen Stummfilm-Klassikers live vertont in einem Konzert von und mit Markus Dürrenberger.

»Die Paranoia derer, die es gewohnt sind, alleine über Platz und Ressourcen zu bestimmen, können wir **DICHTESTRESS** nennen.«

Shedhalle

Ausstellungseröffnung am 13. November 2014 | Details auf www.shedhalle.ch